

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 257 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 6/2016 VOM 24. MAI 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Chaos im
Tourismusamt**
Amtsleiter Dr. König weiß von nichts

9 | **Wie stapelt
man Apfelsinen?**
Die Keplerische Vermutung

13 | **Gehirndoping
als Ausweg?**
Die Internetgesellschaft (Teil 2)



Der Niedergang der alten Industrie

Walzwerk – Bahnwerk – Kranbau – Automotive

Eberswalde (bbp). Das Bahnwerk scheint vorerst gerettet – mit einem Drittel der vorherigen Belegschaft. Bis zu 210 Mitarbeiter, von ehemals über 500 und derzeit noch 320, werden von dem neuen Betreiber übernommen, heißt es. Für 45 Mitarbeiter seien »sozialverträgliche Lösungen« vereinbart worden. Die Übernommenen rechnen mit Lohnreduzierungen wie dem Wegfall des Weihnachtsgeldes.

Derweil kriselt es ganz heftig bei einem anderen alten Eberswalder Traditionsbetrieb, dem Kranbau Eberswalde, der heute als Ardelet Kran-Union firmiert. Mit der Rückbesinnung auf den Namen der Eigentümerfamilie, deren Rüstungsbetrieb bis 1945 auf dem Kranbaugelände in den zwei Weltkriegen auch unter Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen Superprofite einfuhr, sollte die angeblich bekannte Marke für die expansive Entwicklung des Unternehmens genutzt werden.

Davon ist inzwischen längst keine Rede mehr. Derzeit hat die Kran-Union rund 150 Mitarbeiter – davon mehrere nur mit 6-Stunden-Arbeitsvertrag. Per Sozialplan sollen es bis zum Jahresende rund 20 Mitarbeiter weniger sein. Die Fertigung soll komplett zur Muttergesellschaft nach Leipzig ausgelagert werden, da die Auftragslage in der Heldenstadt mehr als mau ist. Immerhin haben einige, man spricht von 7 bis 10, der von Kündigung bedrohten Mitarbeiter die Chance, sich in Leipzig zu bewerben. Da die zuvor in einer Gesellschaft zusammengefaßten Betriebe vor einem Jahr in Einzelgesellschaften zergliedert wurden, gibt es keine automatische Übernahme.

Eine ähnliche Botschaft vermeldete kürzlich die regionale Tageszeitung bezüglich der Finow Automotive GmbH anlässlich des Besuchs von CDU-Parlamentariern in dem Betrieb ihres Parteifreundes Patrick von Hertzberg. Der hatte den Betrieb auf dem Gelände des Walzwerkes

Finow Anfang der 90er Jahre als damaliger Treuhandmitarbeiter günstig erwerben können. Später kaufte er auch das eigentliche Walzwerk Finow, das nach einigen Jahren und nach Überführung des Knowhows und der Kunden zur Automotive in die Insolvenz geriet und liquidiert wurde.

Die aktuell 156 Beschäftigten der Automotive erwirtschafteten 2015 einen Umsatz von 39 Millionen Euro. Die früheren Standortvorteile – umfangreiche Fördermittel und niedrige Löhne – gebe es nicht mehr, ließ Hertzberg seinen Geschäftsführer Hagen Hänel wettern.

Die Kunden, wie BMW, Daimler und Landrover, sitzen im entfernten Westen, was zu Logistknachteilen führe. Auf dem Wunschzettel steht daher eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, um per kurzfristig angesetzter Mehrarbeit auf die Bedürfnisse der Kunden schnell reagieren zu können. Wer zu unflexibel ist, wie Mütter mit mehreren Kindern, muß deshalb mit der Kündigung rechnen.

Die »starren« gesetzlichen Arbeitszeitregelungen, hohe Löhne und fehlende Fördermittelgeschenke, ließ Hertzberg ganz nebenbei gucken, könnten über kurz oder lang dazu führen, den Betrieb auszulagern. Möglicherweise nach Mexiko, wo der beste Kunde BMW gerade ein neues Werk baue. Dies könne schon in 2 bis 3 Jahren soweit sein, erzählte die Automotive-Prokuristin Jacqueline Kramm. Zur Disziplinierung der Belegschaft des Betriebes, in dem es weder Betriebsrat noch Tarifverträge gibt, können solche Äußerungen allemal beitragen.

Patrick von Hertzberg wird der Region keinesfalls verloren gehen, da er mit seinen industriellen Erwerbungen im Zusammenhang mit dem Walzwerk und anderen Aktivitäten mittlerweile zum Großgrundbesitzer in Finow und am Werbellinsee wurde.

Gottesstaat Eberswalde

»FinE sucht himmlischen Beistand« schrieb die Märkische Oderzeitung in ihrer Ausgabe vom 14. Mai 2016. Der Verfasser des Artikels untertitelt – wohl auch etwas verwundert wie ich – »erstmal ökumenischer Gottesdienst beim Stadtfest am 4.Juni«. Und dann lese ich auch noch zu meinem großen Erstaunen im Flyer zur Eberswalder Familienwoche vom »Abschluß der Familienwoche mit ökumenischem Gottesdienst«.

Ist das jetzt Pflichtprogramm für Veranstaltungen und Feste, die durch öffentliche Mittel der Stadt Eberswalde finanziert werden? Das wäre dann doch etwas befremdlich.

Ein säkularer Staat, als der sich die Bundesrepublik Deutschland versteht, erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen. Artikel 140 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland folgt dem und schreibt fest, daß Staat und Kirche getrennt sind. Der Staat versteht sich als weltanschaulich neutral und unparteiisch, das heißt, Religion ist Privatsache. Die Einbindung von Gottesdiensten an exponierter Stelle in staatliche Veranstaltungen erachte ich daher als höchst fragwürdig.

Freiheit zur Ausübung der Religion für die einen heißt nämlich auch Freiheit von religiöser Bevormundung für andere. Wer also beide genannte Veranstaltungen sowohl mit offizieller Eröffnung als auch mit dem Höhepunkt des Abschlusses wahrnehmen möchte und nicht religiös gebunden ist, hat bei diesen vom Staat finanzierten Programmen keine Alternative. Das widerspricht z.B. auch dem Gleichbehandlungsprinzip. Die weltanschauliche Neutralität des Staates ist in diesen Fällen nicht gegeben.

Man stellt sich daher die Frage, welches die Motivation für die »neuartige« Gestaltung von Programmen für diese nicht unwesentlichen Veranstaltungen der Stadt sind und welche Ziele man damit verfolgt. Man fragt sich, ob und warum Eröffnung und Abschlußveranstaltungen Gottesdienste sein müssen, wer der Initiator solcher Programmgestaltung ist und in welchen Gremien mit welchen Teilnehmern diese Programme diskutiert und gutgeheißen werden.

Es handelt sich in beiden Fällen um eine völlig ungerechtfertigte, herausgehobene ideologische Einflußnahme auf die an diesen Veranstaltungen teilnehmende Bevölkerung. Das empfinde ich als unverantwortlich und sehe darin keine Bereicherung staatlich organisierter Veranstaltungen.

Staatlich eingebundene Gottesdienste, und das im Fall der Eröffnung des FinE im Paul-Wunderlich-Haus, dem Sitz des Landkreises Barnim und dem Tagungsort von Kreistag und Stadtverordnetenversammlung! Das ist für mich unverständlich.

Ich brauche den »himmlischen Beistand« nicht und werde mich dieser manipulierenden Vereinnahmung verwehren.

Dr. ILONA PISCHEL

Unbeschulte Flüchtlingskinder im Landkreis Barnim:

»Kein Platz« ist kein Argument

Einem Pressebericht der Märkischen Oderzeitung zufolge wird im Landkreis Barnim ein Großteil der schulpflichtigen Kinder von Flüchtlingen nicht beschult. Demnach besuchen von 288 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen momentan lediglich 117 die Schule. 171 erhalten keinen Unterricht, darunter 112 Flüchtlingskinder im Grundschulalter.

Flüchtlingskinder sind schulpflichtig – »kein Platz« ist hier kein Argument. Jeder Tag, der vergeht, ohne daß geflüchtete Kinder und Jugendlichen in die Schule gehen können, ist ein verlorener Tag für sie und ein verlorener Tag für die Integration. Schulämter und Kommunen tragen die Verantwortung dafür, Plätze zuzuweisen und Kapazitäten zu schaffen, Sozialarbeiter dafür, die Eltern bei der Anmeldung zu unterstützen. Die hohe Zahl von unbeschulten

Flüchtlingskindern im Barnim deutet darauf hin, daß hier etwas grundsätzlich schief läuft.

Zudem ist es nicht das erste Mal, daß es in Brandenburg bei der Beschulung von Flüchtlingskindern hakt. Bildungsminister Günter Baaske hat früher schon deutlich gemacht, daß er dies nicht hinzunehmen bereit ist. Er darf es auch nicht hinnehmen und muß die Situation im Landkreis Barnim nun schnellstmöglich klären.

Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung und gerade Flüchtlingskinder, die strapaziöse Wochen und Monate hinter sich haben, brauchen Alltag, Bildung und den Kontakt zu Gleichaltrigen, um sich möglichst schnell in ihr neues Leben einfinden zu können.

MARIE LUISE VON HALEM,
MdL (Bündnis 90/Die Grünen)

Solidarität und Kampf sichern Bahnwerk

Nach eineinhalb Jahren steht es nun fest: Mit dem Kauf des Bahnwerkes durch die Quantum AG ist eine lange Zeit des Bangens und Kämpfens um ihre Arbeitsplätze für viele Beschäftigte im Bahnwerk Eberswalde erfolgreich beendet. Das Bahnwerk in Eberswalde bleibt ab 1. Januar 2017 mit 210 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für mindestens fünf Jahre bestehen. Das ist eine gute Nachricht für die ganze Region.

Der größte Dank gilt den Beschäftigten selbst, die mit ihrem Kampf und ihrer Ausdauer, gemeinsam mit ihrem Betriebsrat und ihrer Gewerkschaft EVG diesen Erfolg möglich gemacht haben. Hier handelt es sich auch um ein starkes, Mut machendes und Beispiel gebendes Signal für andere.

Der Kreisvorsitzende des DGB im Barnim, Ralf Kaiser, sagt: »Das Ergebnis ist auch Ausdruck einer breiten Solidarität der Menschen dieser Region für die Bahnwerker. Zu den Unterstützern gehören neben den Gewerkschaften in ganz Berlin und Brandenburg auch die Bürgerinnen und Bürger, der Bürgermeister, Abgeordnete der Parlamente von der Stadtverordnetenversammlung bis zum Bundestag, die Landesregierung, Parteien und Verbände. Alle haben mit ihrem Engagement am Erhalt des Bahnwerkes einen großen Anteil.«

Vertreter der EVG im DGB-Kreisverband haben angekündigt, daß ihre Gewerkschaft nun beim Personalübergang auf die vollständige tarifliche Absicherung der Kolleginnen und Kollegen achten wird.

FRANK TECHEN

Subjektive Personalpolitik

Eberswalde (bbp). Im Februar fragte Carsten Zinn (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) im städtischen Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) zur damals erfolgten Stellenausschreibung für einen neuen Personalsachgebietsleiter, ob der externen Ausschreibung eine hausinterne Ausschreibung vorangegangen sei. Dies verneinte damals die zuständige Verwaltungsdezernentin Petra Stibane, betonte aber, daß sich selbstverständlich auch Stadtmitarbeiter an der Ausschreibung beteiligen könnten. »Die Auswahlverfahren im Personalwesen laufen reglementiert ab«, sagte die Dezernentin, insofern könne davon ausgegangen werden, »daß eine Bestenauslese stattfindet«. In sechs Wochen, das wäre Mitte März gewesen, sei mit einer Personalentscheidung zu rechnen. Statt einer Personalentscheidung gab es Ende April eine zweite öffentliche Ausschreibung der Stelle, was Carsten Zinn in der AWF-Sitzung am 12. Mai zur Nachfrage an-

merkte, was die Ursache der erneuten Ausschreibung sei und ob sich zur ersten Ausschreibung auch Stadtverwaltungsmitarbeiter um die Stelle beworben hätten. Zur ersten Frage antwortete Petra Stibane, daß es zur ersten Ausschreibung keine geeigneten Bewerber gegeben habe. Auf die zweite Frage verweigerte sie eine Antwort, weil es sich um eine Personallangelegenheit handele. Obwohl nur nach dem »ob« und gar nicht nach dem »wer« gefragt war, hielt sie auch bei Nachfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung an ihrer Aussageverweigerung fest. Freilich bestätigte sie damit indirekt nur das, was schon in aller Munde war. Die interne Bewerbung eines fachlich sehr kompetenten Mitarbeiters soll von der Verwaltungsspitze aus durchaus anderen als fachlichen Gründen zurückgewiesen worden sein, was letztlich aber nur ein kleiner Teil der allgemein sehr subjektiv geprägten Personalpolitik im Eberswalder Rathaus sei.

Schaden für den Bürger, Schaden für den Barnim

Verwaltungsstrukturreform

Die Landesregierung will Großkreise haben, die mehr Landesaufgaben übernehmen sollen. Diese Reform läßt sich der Ministerpräsident (MP) mehrere hundert Millionen von unserem Steuergeld kosten. Den Nutzen der vorangegangenen Strukturreform ist er schuldig geblieben und er wird ihn weiter schuldig bleiben – einfach weil es ihn nicht gibt. Jetzt sollen Barnim und Uckermark einen Kreis bilden. Dieser Kreis ist dann größer als das ganze Saarland. So große Strukturen bedeuten immer Demokratieabbau und lange Wege für die Bürger.

Es ist kein Trost, daß es in Brandenburg da nicht mehr viel abzubauen gibt. Der Bürger, der das immer noch nicht begriffen hat, der wird es schmerzhaft spüren – wenn es zu spät ist! Eigentlich sollten uns die gescheiterten Reformen in Forst, Bildung und Polizei eine Lehre gewesen sein, aber lernen, das ist für viele wohl doch ein zu schwieriges Geschäft! Wer nicht lernen will, wird den Schaden haben!

Kommunalabgaben

Die Zinsen stehen auf Null. Ausnahme: Der Mietzins steigt. Wer um Wählerstimmen buhlt, der faselt zwar von Mietpreisbremse und Sozialwohnungsbau, aber das funktioniert nicht. Die Devise heißt Abriß billiger Wohnungen (mit Fördermitteln versteht sich!) und Neubau von »hochwertigem« Wohnraum, möglichst natürlich auch »gefördert«.

Wir zahlen bei Wasser und Abwasser deutschlandweit die höchsten Gebühren. Trotzdem wird weiter fleißig kanalisiert und das Abwasser über viele Kilometer gepumpt, das kostet! Preiswerte dezentrale Lösungen – es gibt sie – passen nicht ins Konzept der Regierenden, jedenfalls so lange der Bürger es bequem haben will und willig bezahlt.

Der Müll ist vergleichsweise noch bezahlbar im Barnim, aber »dank« Rekommunalisierung hat sich die Gebührenschaube schon gedreht, trotz aller Professionalität in der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft. Und sie wird sich weiter drehen. Das liegt am System. Die Biotonne macht's möglich. Die rechnet sich nur, wenn der Bürger zahlt. Und er soll zahlen, egal ob er sie braucht und haben will oder nicht!

Noch ein letztes Beispiel: Die Friedhofsgebühren. Sterben wird immer teurer, jedenfalls für die Nachgeborenen. Da möchte man am liebsten aufs Sterben verzichten – funktioniert aber nicht.

Energiekosten

Sie sind ein ständiges Ärgernis, einfach weil wir immer wieder feststellen müssen, daß wir »übers's Ohr gehauen« werden. Die Preise für Benzin, Diesel, Gas, Heizkosten steigen immer ganz schnell und – wenn sie fallen – dann ganz, ganz langsam! Bei Strom werden wir seit Jahren betrogen. Die Konzentration der Energie-


Foto: JURGEN GRANZOW

Kräftiges und stabiles Wachstum versprechen sich der Landrat und seine getreuen Mitstreiter der ganz großen Koalition im Barnimer Kreistag von Kreislichen Energiewerken. Im Juni soll der Kreistag dafür grünes Licht geben. Die Kritiker fürchten, daß von den großartigen Plänen am Ende nur ein morscher Stumpf übrigbleibt.

erzeugung und -verteilung bei wenigen Konzernen, die viel Macht haben, kostet uns viel Geld. Da weckt doch das Projekt »Barnimer Energiewerke« Hoffnungen – oder doch nicht?

Bisher haben wir schon eine Barnimer Energiegesellschaft (BEG). Die soll »beraten« und »planen« und »konzipieren«. Sie kostet uns jedes Jahr 1/4 Million Euro. Jetzt sollen Kreisliche Energiewerke (KEW) gegründet werden – als Holding. Dazu gehört dann außer der BEG noch eine Beteiligungsgesellschaft (BEBG) und die bestehende BDG soll noch dazukommen. Die Gemeinden sollen Anteile erwerben und die Bernauer Stadtwerke sollen mitmachen. Erst einmal will der Landrat als Energieguru 5 Millionen Euro (unser Steuergeld!) in den Topf geben. Damit sollen dann Energieprojekte der Gemeinden finanziert werden, die diese allein sich nicht leisten können. So soll »Wertschöpfung« funktionieren. Die Kreiswerke wollen sich – zu unser aller Vorteil!!! – vom Energiekuchen ein Stück abschneiden, angeblich, ohne der privaten Energiewirtschaft damit Konkurrenz zu machen.

Daß das gar nicht gehen kann, das versteht jeder Fünftkläßler. Es gilt, den Energiekonzernen mit besseren Konzepten als Konkurrent die Stirn zu bieten. Hier fehlt es an allen Ecken und Enden!

Daß dabei für den Bürger günstigere Strompreise herauskommen, den Zahn mußten wir uns schon ziehen lassen. Ein Motiv für ein eigenes Energieprojekt kann natürlich auch Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit sein, aber im Vordergrund werden doch immer die Energiekosten stehen.

Wenn es hier keine Anreize für den Bürger oder die einzelne Gemeinde gibt, dann werden »Kreisliche Werke« ein hohler Vogel bleiben, der uns als Steuerzahler nur Geld kostet. Hier

droht Schaden für den Barnim. Das müssen die Kreistagsabgeordneten bedenken, wenn sie am 15. Juni darüber abstimmen sollen. Mögen Sie klug entscheiden, das wünsche ich uns.

JOHANNES MADEJA

Dienstagsdemos

Bernau (bbp). Im Mai rief die Bürgerinitiative Wasser-Abwasser im Gebiet des Wasser- und Abwasserverbandes (WAV) »Panke/Finow« zu zwei Dienstagsdemos auf dem Bernauer Marktplatz auf. Die von der Melchowerin DORA DUHN moderierte 121. Dienstagsdemo am 3. Mai stand weiterhin unter dem Motto »100-%ige Gebührenfinanzierung für die zentrale und dezentrale Abwasserentsorgung«. Dr. Ronald Krüger aus Biesenthal gab einen Rückblick auf die langjährige Geschäftsbesorgung der Stadtwerke Bernau für den WAV »Panke/Finow«, bevor der Landtagsabgeordnete und Bernauer Stadtverordnete Péter Vida von den Ergebnissen der StVV-Sitzung vom 28. April berichtete.

Zur 122. Dienstagsdemo am 24. Mai ging es um das Gespräch beim WAV »Panke/Finow« am 10. Mai, zu dem der Vorstandsvorsteher Daniel Nicodem die Bürgerinitiative eingeladen hatte. Des Weiteren geht es um den im Prozeß der Siedlungsentwicklung herausgebildeten Anschluß- und Benutzungszwang für eine zentrale Abwasserentsorgung und die Möglichkeiten und Vorzüge einer Abwasserentsorgung mittels Kleinkläranlagen in einigen Bereichen des Verbandsgebietes.

Die 123. Dienstagsdemo findet am 31. Mai wie immer um 17 Uhr auf dem Bernauer Marktplatz statt. Jeweils eine halbe Stunde vor der Demo steht der traditionelle Wassertisch für Einzelgespräche und Erfahrungsaustausch zur Verfügung. www.buergerinitiative-wav.de

Chaos im Tourismusamt

Im März des Jahres erklärte der Amtsleiter für Wirtschafts- und Tourismusförderung Dr. JAN KÖNIG im städtischen Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF), daß es »kein klassisches Tourismuskonzept in der Stadtverwaltung gibt« (BBP 4/2016). CARSTEN ZINN von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hatte im Februar danach gefragt. Widerspruch gab es seitens des ehemaligen Beigeordneten und heutigen SPD-Stadtverordneten LUTZ LANDMANN, der sich gut an ein solches Konzept erinnern konnte.

Dies bestätigten anschließende Recherchen. Demnach erging am 19. August 2009 der Auftrag zur Fertigung eines Tourismuskonzeptes für die Stadt Eberswalde an die Firma ABRA-XAS. Finanziert wurde das zu 100 % aus Haushaltsmitteln der Stadt. Im Oktober und November 2009 fanden mehrere Workshops statt. Im Dezember 2009 lag das Tourismuskonzept im Rohentwurf vor. Im Juni 2010 informierte der damalige Amtsleiter Dr. THIEL über den Stand und erklärte u.a., daß das Konzept im September 2010 »im politischen Raum« vorgestellt werden und im Oktober 2010 eine Informationsveranstaltung zur Maßnahmeumsetzung stattfinden sollte. Davon ausgehend hatte ich in meiner Eigenschaft als sachkundiger Einwohner im AWF zur Sitzung des Gremiums am 12. Mai nachgefragt:

1. Wie wurde nach Juni 2010 mit dem Tourismuskonzept weiter verfahren?
2. Wieso hat das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus keine Kenntnis von diesem Tourismuskonzept?
3. Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung dieses Tourismuskonzeptes?
4. Gibt es weitere Konzepte oder Studien, die ausschließlich für die Schublade produziert wurden? Welche Kosten sind dadurch der Stadt Eberswalde entstanden?

Neben der mündlichen Auskunft im Rahmen der Ausschußsitzung war eine schriftliche Antwort erbeten, die es aber nicht gab, wie der Amtsleiter zunächst klarmachte. Zu den beiden ersten Fragen könne er nur sagen, daß er erst 2012 sein Amt übernommen habe. Im Amt habe es eine längere Vakanz gegeben, so daß er ohne geordnete Übergabe anfang. Das vorgefundene ABRAXAS-Papier habe er als Studie wahrgenommen, die aber nicht seinen Intentionen entsprach. Wegen der fehlenden Übergabe könne er auch zur Frage 3 nach den Kosten nichts sagen. Alle seit seinem Amtsantritt in Auftrag gegebenen Studien, so der Amtsleiter zur Frage 4, seien keineswegs in der Schublade verschwunden, sondern werden in der täglichen Arbeit in seinem Amt genutzt.

Wie schon im März äußerte auch diesmal Lutz Landmann sein Unverständnis über die Antwort von Dr. König. Er habe das Tourismuskonzept, bevor er in den Ruhestand ging, ordnungsgemäß übergeben und wisse noch, daß es sehr teuer gewesen sei, bevor es dann in der Schublade landete. GERD MARKMANN

Fragen zum Tourismuskonzept

Eberswalde (bbp). Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gab es parallel zur Anfrage von GERD MARKMANN im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (siehe nebenstehenden Beitrag »Chaos im Tourismusamt« eine weitere Anfrage zum Tourismuskonzept in der Stadtverordnetenversammlung am 28. April. Die Bündnisgrünen fragten nach den Zielen, die seitens der Stadtverwaltung mit der Erarbeitung des Tourismuskonzeptes 2009/2010 verfolgt worden seien sowie welche Maßnahmen umgesetzt wurden und welche nicht. Außerdem wollte die Fraktion wissen, weshalb keine Diskussion und Beschlußfassung in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung erfolgte und wie der politische Stellenwert im Vergleich zu anderen beschlossenen Konzepten zu bewerten sei. Unter Bezugnahme auf Informationen

im Zusammenhang mit der geplanten Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft sei im Januar auch ein Gutachten der Firma »Projekt M« GmbH vorgestellt worden, das von der KAG Finowkanal in Auftrag gegeben worden sei. Die Bündnisgrünen fragten, welche bisher nicht realisierten Empfehlungen des Tourismuskonzeptes von 2009 in das neue Konzept eingeflossen seien und wie damit weiter verfahren werde. Entgegen anderslautender Versprechungen sei das neue Konzept den Stadtverordneten noch nicht zur Kenntnis gegeben worden. Die Fraktion fragte nach dem Warum und wann mit einer Herausgabe zu rechnen sei.

Der Fraktion wurde am 28. April von Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI eine schriftliche Antwort versprochen.

Gutachten, Studien und Konzepte

Eberswalde (bbp). Wie oft, mittels welcher Auftragnehmer und mit welchem Kostenaufwand wurde seit 01.01.2015 bis gegenwärtig fachliche Beratung durch externe Gutachten, Studien und Konzeptstellungen in Anspruch genommen?

Waren in diesen Fällen Zielstellungen und Lösungsvarianten nur durch kostenpflichtige Hilfeleistungen von außen realisierbar?

Welche Hinderungsgründe gab es, ohne fremde Hilfe analytisch und konzeptionell tätig zu sein?

Gab es Auftragsarbeiten, die der Geheimhaltung unterlagen?

Mit diesen Fragen wandte sich die fraktionslose Stadtverordnete Dr. Ilona Pischel an die Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai. Sie erbat eine schriftliche Beantwortung.

Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde:

Seit acht Monaten überfällig

Eberswalde (bbp). Nach der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg müssen alle Gemeinden zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner einen Beteiligungsbericht über ihre Unternehmen einschließlich der mittelbaren Beteiligungen erstellen und jährlich fortschreiben. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde hat dies mit Beschluß vom 22.03.2007 dahingehend konkretisiert, daß die Beteiligungsberichte bis zum 30. September des jeweiligen Jahres, das dem Jahr, über das berichtet wird, folgt, vorzulegen sind. Laut diesem Beschluß sind dem Beteiligungsbericht zugleich die jeweils aktuellen Geschäftsberichte der Unternehmen, an denen die Stadt Eberswalde direkt oder indirekt beteiligt ist, als Anlage beizufügen.

Außerdem sollen die Beteiligungsberichte gemäß diesem Beschluß auf der Internetseite der Stadt Eberswalde veröffentlicht werden. Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2014 wäre am 30. September 2015 fällig gewesen. Nach mehr als einem halben Jahr hat die Stadtverwaltung den Bericht immer noch nicht vorgelegt. Sie übertrifft damit sogar die Versäumnisfrist vom Vorjahr, als der Bericht für 2013 im April 2015 vorlag.

Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hat deshalb zur Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai nachgefragt:

1. Wann wird die Stadtverwaltung den Beteiligungsbericht 2014 vorlegen?
2. Welche Gründe gibt es, die es rechtfertigen, daß seitens der Stadtverwaltung Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung einfach negiert werden?
3. Was werden Sie unternehmen, damit künftig die Beteiligungsberichte termingerecht vorgelegt werden?

Begegnungsfest in Bernau

Bernau (mz/bbp). Die Willkommensinitiative Bernau lädt am Sonntag, den 29. Mai, von 15 bis 18 Uhr zu einem »Frühlings- und Begegnungsfest« in das Übergangwohnheim Waldfrieden in der Lanker Straße 26 in Bernau ein. Zu erleben sind ein Tanz-Mitmach-Kurs mit der East Side Fun Crew, Clownerie und Jonglage, Kinderschminken und Basteln, eine Hüpfburg sowie Torwandschießen und Spiele für Kinder. Auch die Bernauer Feuerwehr ist mit dabei. Für Kuchen, Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke ist gesorgt. Außerdem gibt es arabische Leckereien zu kosten.

Streit um Ladenöffnung am Sonntag **Sozialreport in Bernau**

Eberswalde (bbp). Das Brandenburgische Ladenöffnungsgesetz erlaubt unter bestimmten Umständen verkaufsoffene Sonntage, wenn dies von den Volksvertretungen der Gemeinden per Erlaß einer Ordnungsbehördlichen Verordnung genehmigt wird. In Eberswalde soll eine solche Verordnung am 26. Mai von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Im Vorfeld gab es allerdings seitens der Gewerkschaft ver.di erhebliche Einwände. Sabine Zimmer, zuständige Gewerkschaftssekretärin des Fachbereichs Handel, kritisiert, »daß die Grundsätze der Entscheidung des Obergerichtes Berlin-Brandenburg zur Praxis der Umsetzung des Brandenburgischen Ladenöffnungszeitengesetzes in der Landeshauptstadt und die neueste Entscheidung vom 11.11.2015 des Bundesverwaltungsgerichts keinerlei Berücksichtigung« finden.

Der Beschlußvorschlag sei eindeutig rechtswidrig »obwohl durch verwirrende Daten dies nicht ganz einfach zu erkennen« sei. So sei die Ladenöffnung an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen (27.11. und 4.12.) nicht erlaubt. Auch reichen die zum Anlaß genommenen Veranstaltungen (Erntedankmarkt, Weihnachtsmarkt) nicht aus, um die Sonntagsöffnung für das gesamte Stadtgebiet zu genehmigen. Die aktuelle Rechtsprechung verweise ausdrücklich darauf, daß »eine prägende Wirkung auch nur dann angenommen werden kann,

wenn ein enger räumlicher Bezug zwischen Veranstaltung und geöffneten Geschäften besteht, die Öffnung also auf das unmittelbare Umfeld der Veranstaltung begrenzt bleibt.

Ist die Verkaufsfläche der Geschäfte, die geöffnet haben können, ungleich größer als die Fläche der Veranstaltung, die als Anlaß für die Sonntagsöffnung dient, spricht schon dies gegen eine prägende Wirkung der Veranstaltung. Gleiches gilt für die räumliche Reichweite der Ausnahmeregelung im Verhältnis zum räumlichen Ausmaß der Anlaßveranstaltung.«

Die Gewerkschaft fordert die Stadtverwaltung auf, unverzüglich eine rechtskonforme Verordnung auf den Weg zu bringen. Andernfalls behalte sich ver.di ausdrücklich rechtliche Schritte vor.

Im Hauptausschuß wies die Verwaltungsspitze am 19. Mai die Argumente von ver.di zurück. Im Rathaus saßen die besseren Juristen. Neben dem Bürgermeister votierten GÖTZ TRIELOFF (FDP), UWE GROHS und DAN-KO JUR (beide CDU) sowie VOLKER PASSOKE und JÜRGEN WOLF (beide DIE LINKE) für die Sonntagsöffnungsverordnung. Dagegen stimmten RINGO WRASE (DIE SPD) und CARSTEN ZINN (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde), während sich DANIEL KURTH (DIE SPD), GÖTZ HERRMANN (Bürgerfraktion Eberswalde) und KAREN OEHLER (Bündnis 90/Die Grünen) der Stimme enthielten.

Ehrung am Tag der Befreiung



Am 8. Mai, dem 71. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, nutzten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde die traditionelle Gedenkfeier von Stadt und Freundschaftsgesellschaft, um an die Sowjetsoldaten zu erinnern, die bei der Befreiung von Eberswalde ihr Leben gelassen haben, stellvertretend für alle Opfer des Kampfes gegen den Faschismus. An der Spitze legten Waldemar Hickel (Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft), Otto Baaz (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde), Friedhelm Boginsik (Bürgermeister von Eberswalde), Michael Wolf (Stadtvorsitzender Die Linke Eberswalde) und Fred Sponner (Fraktion Die Linke Eberswalde) Blumen und Gebinde am Sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße in Eberswalde nieder. (siehe Seite 10)

Bernau (dl/bbp). Die Linksfraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) hat die Fortschreibung des Bernauer Sozialreports beantragt.

Grundlage ist ein Beschluß von 2012, nachdem der Bürgermeister regelmäßig, längstens in Abständen von drei Jahren, einen Sozialbericht vorlegen muß. Der erste Bericht mit Stichtag 31.12.2012 lag im Dezember 2013 vor.

Nummehr sollen für die Jahre 2013 bis 2015 weitere Daten erfaßt werden, um die Aussagekraft zur sozialen Gesamtsituation der Stadt Bernau und ihrer Orts- und Stadtteile zu verbessern. Neu untersucht werden soll beispielsweise »der Anteil an der Bevölkerung und die sozio-ökonomische Lage der Menschen, die älter als 65 Jahre sind und/oder nicht mehr am Arbeitsleben teilnehmen (Einkommen, Wohnsituation, Mobilität, Zugang zu Gesundheitsleistungen, Betreuung, Pflege) sowie Angaben zu Menschen mit Behinderung (Altersgruppen, Lebenssituation, Einkommen, Teilhabemöglichkeit in Werkstätten u.a.) sowie die Entwicklung der Kaufkraft.«

Der Nutzen kontinuierlicher Erhebung von sozio-ökonomischen Daten und der daraus abgeleiteten Prognosen und Handlungsfelder sei unbestritten, meint die Bernauer Linksfraktion. »Stadtentwicklung, Verwaltungshandeln und politische Entscheidungen hinsichtlich der weiteren Gestaltung des Lebens in einer Kommune profitieren davon.«

Der Antrag wird am 2. Juni in der Stadthalle Bernau von der StVV beraten.

www.bar-blog.de

Stellenoffensive

Der Stellenoffensive in der Stadtverwaltung fand nicht die Zustimmung der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE, trotz unserer positiven Sicht auf einige der Vorschläge, wie im Kitabereich, bei der öffentlichen Beschäftigungsförderung, im IT-Bereich oder im Referat für soziale Angelegenheiten.

Wegen der umfangreichen Änderungen und Erweiterungen im Stellenplan hatte unsere Fraktion die Verweisung in die Fachausschüsse und eine Vertagung der Entscheidung beantragt, um genügend Zeit für eine gründliche Diskussion zu gewinnen. Dafür haben wir auch eigene konkrete Vorschläge eingebracht (BBP 5/2016).

Unsere Fraktionsinitiativen wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Schnelligkeit ging vor Gründlichkeit. Unsere Fragen, wie die Erweiterungen im Stellenplan angesichts des strukturellen Haushaltsdefizits, das laut Haushaltssatzung 2016 nur durch Zugriff auf die Rücklagen ausgeglichen werden kann, finanziert werden sollen, blieben unbeantwortet.

CARSTEN ZINN

Familiengarten

Für den Eberswalder Familiengarten wird derzeit ein neues Betreiberkonzept erarbeitet. Möglich und notwendig wurde dies, weil 2017 die Bindungsfristen der dort zur Landesgartenschau von 2002 eingesetzten Fördermittel auslaufen. Die bisherigen Berichte des zuständigen Amtsleiters Uwe Birk in den Fachausschüssen zu dem entstehenden Konzept lassen hoffen. Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE unterstützt die Schaffung langfristig belastbarer und finanziell unteretzter Grundlagen, um die dauerhafte Nutzung des Familiengartens durch die Eberswalder Bevölkerung und ihre Gäste auch unter veränderten organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen festzuschreiben. Der Familiengarten bietet ein in Eberswalde einzigartiges Areal für Veranstaltungen vielfältigster Art und sollte als industriekultureller Fixpunkt der Finowkanalregion und familienfreundliche Perle im Landkreis Barnim und im Land Brandenburg langfristig weiterentwickelt werden.

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, daß unserer Bitte zur Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit gefolgt wird. Der erste Bürgerworkshop zum Familiengartenkonzept soll nach der kommunalen Sommerpause im dritten Quartal 2016 stattfinden. **CARSTEN ZINN**

Auf den Kopf gestellt

Der Eberswalder Bürgerhaushalt, eigentlich nur ein »Bürgerbudget« und zunehmend auch so bezeichnet, soll mal wieder verbessert werden. Bis zum 26. Mai konnten die Stadtverordneten Vorschläge zur Novellierung der Satzung bei der Verwaltung einreichen. Kritik gab es insbesondere hinsichtlich Chancengleichheit der eingereichten Vorschläge und der fairen Verteilung der zur Verfügung stehenden 100.000 Euro. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF) soll sich Ende August mit den eingereichten Vorschlägen befassen. Wirksam werden die Vorschläge allerdings erst für das 2018er Bürgerbudget.

Mehr als Kosmetik ist nicht zu erwarten, da die grundsätzliche Form des Bürgerbudgets, das mit dem partizipativen Bürgerhaushalt nach dem Vorbild von Porto Alegre wenig mehr als den Namen gemein hat, keineswegs angetastet werden soll. Selbst die lautesten Kritiker des Eberswalder »Bürgerhaushalts« verzetteln sich in dem ausgerufenen Verbesserungswettbewerb. Statt Partizipation und Kooperation zu üben, werden die Teilnehmer am Bürgerbudget in einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf um die meisten »Stimmtaler« gehetzt, in dem nicht die Qualität des Vorschlags oder gar sein Nutzen für die Allgemeinheit entscheidet, sondern bloß die Fähigkeit, möglichst viele Anhänger mobilisieren zu können. Der eigentliche Sinn eines Bürgerhaushaltes wird damit auf den Kopf gestellt. **GERD MARKMANN**

Entscheidung zur Waldorf-Kita

Eberswalde (bbp). In Eberswalde kann 75 Kindern mit Rechtsanspruch auf eine Kitabetreuung kein entsprechender Platz zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind die etwa 300 Kinder bis 12 Jahre, die nach ihrer Flucht aus diversen Kriegs- und Krisengebieten in der Welt in Eberswalde eine neue Heimstatt gefunden haben, nicht mit einberechnet. Von dem Anspruch, der noch zur Zeit des Amtsantritts des heutigen Bürgermeisters Friedhelm Boginski im Jahr 2006 galt, wonach in der Stadt Eberswalde jedem anspruchsberechtigten Kind ein Kitaplatz zur Verfügung gestellt wird, kann schon seit Jahren nicht mehr die Rede sein (vgl. »Fehlende Kitaplätze in Eberswalde: Problem erkannt, doch wenig geändert«, BBP 10/2009).

Nachdem im Jahr 2006 die Kita »Spatzenest« per Stadtverordnetenbeschluss geschlossen worden war, entstanden in den vergangenen Jahren aufgrund des hohen Bedarfs vier neue Kitas freier Träger und eine neue städtische Kita. Außerdem erweiterten mehrere Kitas ihre Platzkapazität.

Mit dem Verein Waldorfpädagogik Barnim gibt es nun eine weitere Initiative für eine neue Kita, die im September 2016 mit bis zu 40 Plätzen im ehemaligen Schulgebäude in der Biesenthaler Straße 14/15 ihre Pforten eröffnen will (BBP 5/2016). Für den Kauf des Hauses und notwendigen Investitionen hat der Verein Zusagen einer Bankfinanzierung für 600.000 Euro. Allerdings werden Sicherheiten für die Dauerhaftigkeit des Kita-Projekts verlangt. Weil der Landkreis Barnim die neue Kita erst nach einem Betriebsjahr in seinen Kitabedarfsplan aufnehmen will, fehlt diese Gewißheit. Nur bei Kitas, die im Bedarfsplan stehen, ist die Stadt gesetzlich verpflichtet, eventuelle Fehlbeträge zu übernehmen. Angesichts der hohen Einrichtungs- und Umbaukosten für die

neue Kita sieht es der Trägerverein allerdings als illusorisch an, gerade im ersten Jahr ohne solche Fehlbeträge auszukommen.

Wie berichtet hatten die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Alternatives Wählerbündnis Eberswalde und Die Linke eine Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, nach der die Stadt die Fehlbetragsfinanzierung freiwillig übernehmen soll. Dagegen wandten sich die Fraktionsvertreter von SPD, CDU, FDP und Bürgerfraktion sowie die Stadtverwaltung, die dabei auf die bestehende Förderrichtlinie der Stadt verwiesen und eine Bevorzugung des neuen Kitaver eins gegenüber anderen freien Trägern befürchteten. Damit werde ein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen. Nach den ablehnenden Reaktionen in den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) sowie Wirtschaft und Finanzen (AWF) folgten die Einreicherfraktionen im Hauptausschuß dann einem Änderungsantrag von Daniel Kurth (DIE SPD), durch den der Zuschußbetrag für 2016 von 37.000 auf 16.000 Euro reduziert wird.

Zuvor hatten Vertreter vom Trägerverein signalisiert, daß es weniger auf die Höhe des Zuschusses als vielmehr auf die Akzeptanz und Unterstützung seitens der Stadt ankomme, um die Banken vom nachhaltigen Gelingen des Kitaprojektes zu überzeugen. Nach flammenden Plädoyers von Volker Passoke (Die Linke) und Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) stimmte der Hauptausschuß am 19. Mai den Änderungen zu. Allerdings konnten sich die vorherigen Gegner von SPD, über CDU, FDP und Bürgerfraktion bis zum Bürgermeister nicht zu einem Ja durchringen und enthielten sich der Stimme. Die Entscheidung fällen die Stadtverordneten voraussichtlich auf ihrer Sitzung am 26. Mai.

Anthroposophisches Menschenbild stößt ab

Warum ist für mich eine privilegierte, vorzeitige staatliche Unterstützung zum Start eines Waldorfkindergartens unverhältnismäßig und unangemessen?

Die Waldorfpädagogik ist in ihrer Gesamtheit, mit ihren spezifischen Inhalten, ihrer alternativen Methodik und ihrer ideologischen Ausrichtung nach wie vor in Deutschland umstritten. Das anthroposophische Menschenbild und die spirituelle Weltanschauung Steiners, des Begründers der Waldorfpädagogik, beruhen auf esoterischen Grundlagen, die wissenschaftlich nicht belegt werden können.

Oftmals können sich sozial Schwache diese Einrichtungen finanziell nicht leisten. Dadurch wird der Zugang in gewisser Weise elitär (laut Vorlage wurde ein Viertel der Voranmeldungen von Studierenden und Hochschulmitarbeitern getätigt).

Wir haben für unsere staatlichen Kitas mittels eines 2015 erarbeiteten Leitbildes vertretbare Orientierungen für alle Kinder. Vorrangig gilt es, diese in ihrer Umsetzung weiter zu profilieren und auch finanziell noch besser auszustatten – bis hin zur Gebührenfreiheit.

Die Forderung des Landkreises nach einem zuschuffreien Betriebsjahr vor Aufnahme in den Kitabedarfsplan halte ich besonders auch aufgrund der Spezifik des Kindergartens und seiner noch nicht absehbaren Erfolgsaussichten für zwingend notwendig und richtig. Sie sollte nicht durch die Stadt Eberswalde unterlaufen werden.

Dem vorzeitigen Zur-Verfügung-stellen relativ umfangreicher finanzieller Mittel kann ich nicht zustimmen.

Dr. ILONA PISCHEL,
fraktionslose Stadtverordnete in Eberswalde

SPD-Klausur im Lenné-Park



Foto: SPD BARNIM

Am 30. April trafen sich die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion und des erweiterten Unterbezirksvorstand Barnim zu einer gemeinsamen Klausurtagung in der Gemeinde Ahrensfelde. Zu den Gästen zählten neben den genannten unter anderem STEFAN ZIERKE (MdB), DANIEL KURTH (MdL und Vorsitzender Unterbezirksvorstand), RAINER FORNELL (Bürgermeister Gemeinde Panketal) und ANDRÉ NEDLIN (Amtsdirektor Biesenthal-Barnim).

Dank der regen Teilnahme und Anwesenheit der Vertreter aus den verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung konnten konstruktive und fruchtbare Gespräche geführt werden. Im Rahmen dieser Tagung wurden unter anderem die bisherigen Fortschritte bei der

Umsetzung des Barnimer Wahlprogrammes der SPD von 2014, der Sachstand zur Verwaltungsstrukturreform, die Situation der Flüchtlinge und ihre Integration sowie Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege besprochen. Besonders von Letzterem konnten sich die Teilnehmer im wunderschönen Lenné-Park Blumberg selbst überzeugen.

Wir freuen uns, daß wir so eine rege und breite Teilnahme an unserer Tagung verzeichnen konnten. Wir versprechen uns davon auch zukünftig die Herausforderungen für den Barnim und seine Menschen gemeinsam anzugehen.

TORSTEN JERAN, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Barnim

Verwaltungsstrukturreform Brandenburg

ver.di-Kritik an Leitbildentwurf

Am 21. April legten SPD und Linke in der Sitzung des brandenburgischen Innenausschusses die Beschlußempfehlung für ein Leitbild zur brandenburgischen Verwaltungsstrukturreform vor. Da SPD und Linke im Innenausschuß die Mehrheit haben, ist die Vorlage von großer Bedeutung.

Nach dem Papier ist geplant, im Zuge der Reform 1.200 Stellen vom Land an die Kommunen abzugeben. Berechnet wird dabei ein Gesamtvolumen von 73 Mio. Euro. Wenn jedoch die Kommunen die zu übertragenden Aufgaben erfüllen sollen, wären insgesamt Personalkosten in Höhe von mindestens 100 Millionen erforderlich. Die Kommunen werden nicht auskömmlich mit Personal versorgt. Wenn die Kommunen Aufgaben wie zum Beispiel Emissionsschutz, Überprüfung von Apo-

theken, Schulpsychologischer Dienst usw. gut und umfänglich erledigen sollen, müssen sie dafür das notwendige Personal erhalten. Eine Sparpolitik zulasten der Kommunen wird sicherlich die Begeisterung für das Reformvorhaben nicht gerade erhöhen.

Auf der anderen Seite soll auch der Stellenabbau in der Landesverwaltung weiter gehen. ver.di fordert den sofortigen Stopp des Stellenabbaus und die Entfristung von befristeten Stellen, mit denen Daueraufgaben erledigt werden.

Als erfreulich wertet ver.di, daß die Forderung der Gewerkschaft nach Aufnahme zu Tarifverhandlungen im Zusammenhang mit der Reform aufgenommen worden sind.

MANFRED LOOS, ver.di-Fachbereichsleiter Bund-Länder

Afrikatage mit dem Kulturverein »Palanca«

Eberswalde (bbp). Mit einem Vortrag über Somalia setzt der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. am Sonnabend, dem 28. Mai, von 13 bis 17 Uhr seine informativen Afrikatage fort. Schon am folgenden Donnerstag, dem 2. Juni geht es mit »Madaraka Day Kenia«, ei-

nem Vortrag weiter. Anschließend gibt es landestypisches Essen. Somalia steht dann noch einmal am 16. Juli im Mittelpunkt, wenn zum offenen Somalia-Treffen zum Unabhängigkeitstag dieses ostafrikanischen Landes eingeladen wird.

»Wie klingt Heimat?«

Gegen Extremismus in Social Media

Wir als Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde setzen Zeichen. Als einzige Hochschule Deutschlands nehmen wir am internationalen Wettbewerb gegen Extremismus in Social Media teil und benötigen Ihre Unterstützung!

Ein neunköpfiges interkulturelles Studierenden-Team hat die Social Media Kampagne »HeimaTimes« entwickelt. Auf zahlreichen sozialen Netzwerken wie Facebook, YouTube und Instagram beantworten Menschen die Frage »Wie klingt Heimat für dich?« und berichten von Ihrer Heimat in Form von Liedern, Gesängen und Zungenbrechern. Schauen Sie vorbei und lassen Sie sich inspirieren!

Mit den Aktionen macht das Team auf Deutsch, Englisch und Arabisch auf das Thema Heimat, Flucht und Extremismus aufmerksam. In dem Sie die Kampagne durch Likes, Shares und Kommentaren unterstützen, bekommen das Projekt und die verantwortlichen HNEE-Studierenden die Chance, im Rahmen des US-amerikanischen Wettbewerbs »Challenging Extremism« nach Washington eingeladen zu werden. Nur die sechs besten Projekte, der 60 teilnehmenden internationalen Hochschulen haben die Möglichkeit Ihre Kampagne im Weißen Haus zu präsentieren.

Helfen Sie mit, in dem Sie sich in den sozialen Medien beteiligen! Die Vorauswahl der Jury wird bereits Anfang Mai getroffen.

Nähere Informationen zum Projekt finden Sie unter: <http://hnee.de/E8544>

STEFANIE SCHULZE, Hochschulkommunikation

WerkStadt Eberswalde:

Alles Extremisten!?

Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Extremismusbegriff lädt die Wandelbar-Initiative in Zusammenarbeit mit der antifaschistischen initiative eberswalde (afie) am 26. Mai, um 19 Uhr, in das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio (Puschkinstr. 13) ein.

»Nazis und Antifaschisten sind sowieso dasselbe, oder ähneln sich viel mehr als sie sich unterscheiden.« »Unsere Demokratie ist gefährdet von Linksextremisten auf der einen Seite, und Rechtsextremisten auf der anderen Seite. Und durch Islamisten natürlich.« Nicht selten sind solche Äußerungen in Medien, von Politikern und in öffentlichen Diskussionen zu hören. Doch was ist da tatsächlich dran? Wer entscheidet warum und nach welchen Kriterien darüber, wer »extremistisch« ist? Was bedeutet das und was hat das vor allem für Folgen?

Diesen und hoffentlich noch weiteren Fragen wollen wir in der Veranstaltung nachgehen. Der umstrittene »Extremismus«-Begriff soll zunächst historisch und inhaltlich erläutert und anschließend kritisch diskutiert werden. Der Referent ist Mitarbeiter des apabiz e.V.

DOWAN

Nazidemos

Bernau/Eberswalde/Wandlitz (bbp). Gleich drei Kundgebungen hatte die neofaschistische NPD für Sonnabend, den 21. Mai, im Landkreis Barnim angemeldet. Nach einer Vormittagsveranstaltung auf dem Bernauer Marktplatz zogen das etwa 10köpfige NPD-Demo-Aktiv mit ihrem LKW am Mittag nach Eberswalde. Auch hier war zunächst der Marktplatz vorgesehen, der aber schon durch die anlässlich der Familienwoche verlängerte Guten-Morgen-Eberswalde-Show belegt war. Daher wich das Team auf den Bahnhofsvorplatz aus. Wie schon in Bernau traten ihnen hier zahlreiche Gegendemonstranten entgegen. Ähnliches erlebten die NPD-Aktivistinnen dann am Nachmittag vor dem Bahnhof in Wandlitz. Jeweils 50 bis 70 Bereitschaftspolizisten sicherten die NPD-Veranstaltung ab.

Nazikonzerte

Finowfurt (bbp). Für das Wochenende vom 17. bis 19. Juni soll es auf dem Grundstück der Familie Mann im Schorfheider Ortsteil Finowfurt ein Musikfestival mit diversen Nazi-Bands geben. Die Veranstalter rechnen mit 500 Gästen. Vor einigen Jahren war ein Konzert wegen verbotener Lieder und Nazisymbolik von der Polizei abgebrochen worden. Zudem gab es an der Zufahrt Gegenveranstaltungen. Ähnliche Proteste sind auch diesmal in Vorbereitung.

Befürchtet wird, daß die angereisten Nazi-Musik-Fans vor und nach den Konzerten die Region unsicher machen. Davon wäre beispielsweise der 22. Finow-Cup auf dem Sportplatz am Wasserturm in Finow betroffen, an dem prominente deutsche und europäische Nachwuchs-Fußballmannschaften teilnehmen. Erhöhte Gefährdungen werden auch für die Flüchtlingsnotunterkünfte und -wohnverbände in Eberswalde und Schorfheide angenommen.

Anmerkung zur »absurden Deutschstunde«:

* Im Dublin III-Abkommen wird die Zuständigkeit des europäischen Landes geregelt, das für einen Flüchtling zuständig ist. In diesem Fall war es Italien, da die Familie für Italien ein Visum hatte und nicht für Schweden, das sie zuerst betreten hatten.

Wie die Tatsache, daß das Visum gefälscht war, juristisch zu bewerten ist, wäre ein Fall für die Gerichte, wenn die Flüchtlinge die Möglichkeit hätten, diese anzurufen.

Im Fall von Mona und Akbar hat das Kirchenasyl diese juristische Prüfung nicht notwendig werden lassen. Die Familie wurde nicht nach Italien abgeschoben und die Zuständigkeit der Bundesrepublik für das Anerkennungsverfahren wurde erklärt und die Abschiebungsverfügung aufgehoben.

Inzwischen leben Mona und Akbar und ihre zwei Kinder in Berlin-Schöneberg. Ich besuche sie gelegentlich und helfe ihnen z. B. bei der Abfassung eines Lebenslaufs oder dem Ältesten bei der Vorbereitung für einen Mathetest.

AG zur Unterbringung von Flüchtlingen:

Bildungsarbeit neuer Schwerpunkt

Mitglieder wollen Kreisverwaltung und staatliches Schulamt unterstützen

Eberswalde (prest-bar). Die Arbeitsgruppe zur Unterbringung von Flüchtlingen will künftig verstärkt bei der Integration von Flüchtlingen helfen. Das beschlossen die ehrenamtlichen Mitglieder in ihrer jüngsten Sitzung, in der es vor allem um die Themen Bildung und Deutschunterricht ging. »Die Arbeitsgruppe wird den von der Kreisverwaltung vorgeschlagenen Weg unterstützen und begleiten«, so der AG-Vorsitzende Uwe Voß. »Für uns sind das wichtige Voraussetzungen, um die ‚Neubarnimer‘ in unsere Gesellschaft zu integrieren.«

Vor diesem Beschluß hatten Barnims Sozialdezernentin Silvia Ulonska, Schulrat Dr. Olaf Steinke und Michaela Göths von der Barnimer Bildungsinitiative ausführlich die Pläne des Landkreises erläutert. So gibt es derzeit für Erwachsene zum Erlernen der deutschen Sprache unterschiedliche Wege im Barnim. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive erhalten Deutschkurse im Rahmen von ehrenamtlicher Sprachförderung und Kursen der Kreisvolkshochschule (KVHS).

Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive hingegen erhalten neben den Kursen der KVHS auch eine ehrenamtliche Begleitung beispielsweise in Form von Sprachpatenschaften. Zudem stehen für sie Plätze in Integrationskursen über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Verfügung. In Zu-

sammenarbeit mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter sollen für diese Gruppe darüber hinaus Wege in einen Beruf, in eine Ausbildung oder zum Studium erschlossen werden.

Für Flüchtlingskinder besteht, genauso wie für jedes deutsche Kind, eine Pflicht zum Besuch der Schule. Für die organisatorischen Hürden auf diesem Weg erhalten die Eltern dieser Kinder umfangreiche Unterstützung von Sozialarbeitern in den Einrichtungen, die eng mit dem Landkreis und dem staatlichem Schulamt zusammenarbeiten.

Um den neuen Schülern der Sekundarstufe I den Einstieg in ihre Klassen zur erleichtern, möchte Schulrat Steinke neue Wege gehen. So sollen Vorbereitungsgruppen am OSZ II in Eberswalde eingerichtet werden, in denen die Schüler innerhalb eines Jahres entsprechend ihrer Reife, ihren Fähigkeiten und ihren Kenntnissen auf das deutsche Schulsystem vorbereitet werden. Nach diesem Jahr empfehlen die Lehrkräfte die weiteren Bildungsgänge für die Schüler. Sie werden entsprechend dieser Empfehlungen in Regelklassen integriert und haben so gute Chancen, einen Schulabschluß in Deutschland zu machen.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe findet am 4. Juli statt. Auf der Tagesordnung steht dann das Thema Unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche.

Eine absurde Deutschstunde

Es war vielleicht beim vierten oder fünften Treffen mit Mona und Akbar, den beiden Flüchtlingen, die mit ihren beiden Kindern in der Kommunität Grimnitz ins Kirchenasyl aufgenommen worden waren, als ich mir von ihnen ihre Fluchtgeschichte erzählen ließ.

Eine Fluchtgeschichte, die übrigens jeder Dramatik entbehrte: Sie waren – zugegeben – mit einem gekauften, also gefälschten Visum nach Italien in Teheran in ein Flugzeug nach Katar gestiegen und hatten dort eine Maschine nach Stockholm genommen. In Stockholm hatten sie dann politisches Asyl beantragt, denn sie waren, zum Christentum konvertiert, im Iran wegen ihrer religiösen Überzeugung verfolgt worden.

Von Stockholm wurden sie nach Mailand abgeschoben, weil sie ja ein Visum für Italien hatten*. In Mailand hat man sie zwar zunächst fest- und hingehten, aber nichts für sie getan. Schließlich sind sie mit der Bahn nach Berlin gekommen und haben hier einen neuen Antrag auf Asyl gestellt. Jetzt drohte ihnen wieder die Abschiebung nach Italien.

Davor sollte sie das Kirchenasyl schützen. Die Zeit, bis diese Gefahr gebannt war, wollten wir, der Unterstützerkreis, nutzen, ihnen

Deutsch beizubringen. Ich versuchte ihnen also die Rechtslage zu erklären, die ihnen natürlich längst klar war. Neben den Beamten und den Anwälten sind die Flüchtlinge die wahren Spezialisten des Asyl- und Flüchtlingsrechts, eines Rechts, das in unserem Namen gesprochen wird, von dem wir aber keinen blassen Schimmer haben. Ein Flüchtling, der dieses Recht mit all seinen Fallstricken nicht kennt, ist verloren.

Da sagte ich Ihnen, daß ich mich für diese Gesetzgebung und mein Land schäme und brach in Tränen aus. Es war das Ohnmachtsgefühl, das mich überwältigte. Mir war plötzlich klar, daß ich haftbar war für etwas, das ich nicht gewollt, nie befürwortet, das aber auch in meinem Namen exekutiert worden war und exekutiert wird, bis wir es geändert haben.

Aber daß ich und die wenigen oder vielen, wer weiß das schon, die Kraft hätten, das zu ändern, dessen konnte ich nicht sicher sein. Da blieben nur die Tränen.

Es war absurd, daß die beiden versuchten, mich zu trösten, indem sie mir wortlos ihr Mitgefühl zu verstehen gaben und mich in den Arm nahmen.

HARTMUT LINDNER

Wie stapelt man Apfelsinen?

Ein Beitrag zur Keplerschen Vermutung

von Dr. Ulrich Pofahl

Wieder einmal ist ein mathematisches Problem gelöst worden, an dem die Mathematiker sehr lange (fast 400 Jahre) geforscht haben. Es ist verblüffend, daß es so lange gedauert hat. Für alle Nichtmathematiker war es seit langem klar.

Als der englische Seefahrer Sir WALTER RALEIGH (1552 - 1618) seine Schiffe für eine weitere Entdeckungsreise ausrüstete, bat er seinen mathematischen Assistenten THOMAS HARRIOT eine Formel aufzustellen, mit der man anhand der Form eines Stapels von Kanonenkugeln auf deren Anzahl schließen kann. Harriot ging einen Schritt weiter, und versuchte eine Methode zu finden, wie man so viele Kanonenkugeln wie möglich im Laderaum eines Schiffes verstauen kann. Damit wurde das Problem erstmals aufgegriffen.

Worum geht es? Betrachten wir einmal in einer Ebene gleich große Kreise, z.B. Münzen. Diese Münzen können wir in der Ebene nebeneinander und übereinander legen, so daß sie in Form eines Quadrates liegen und sich an ihren Ost-West- und Nord-Süd-Punkten berühren. Es entsteht so eine zweidimensionale quadratische Packung (Kreispackung). Als Dichtemaß für diese Packung dient das Verhältnis des Flächeninhalts der Kreisfläche (Münzen) zum Inhalt der Fläche, auf der die Münzen liegen. In dem Fall, daß alle Münzen genau nebeneinander und übereinander liegen beträgt die Packungsdichte 79%. Nun kann man aber die Packungsdichte bei diesem Beispiel im zweidimensionalen Raum erhöhen, indem man beispielsweise die zweite Reihe der Münzen genau in die Mulde legt, die von zwei nebeneinander liegenden Münzen gebildet wird. Dadurch ist jetzt jede Münze von sechs statt von vier Münzen wie bei der quadratischen Packung umgeben. Man erhält somit die hexagonale Packung mit einer Dichte von 90,7%.

Verläßt man nun die zweite Dimension und geht in die dritte Dimension über, so werden aus den Kreisen (Münzen) Kugeln. Jeder von uns hat nun schon einmal gestapelte Apfelsinen gesehen. Hier sind die Früchte in Form einer Pyramide gestapelt, genau so wie früher Kanonenkugeln gestapelt wurden.

Nun hat der deutsche Mathematiker JOHANNES KEPLER (1571 - 1630) die Packungsdichte dieser Kugelpackung im Jahre 1611 errechnet und festgestellt, daß sie 74,05% beträgt, und ferner behauptet, daß dieser Wert durch keine andere Anordnung von Kugeln erhöht werden kann. Beweisen konnte Kepler diese Aussage nicht. Daher der Name Keplersche Vermutung.

Kepler beschäftigte sich mit der Schönheit von Zahlen, erst mit der Zahl fünf, dann mit der Zahl sechs. Kepler fragte sich, warum Blütenblätter in Fünfergruppen angeordnet sind, oder warum Kerngehäuse bei Äpfeln und Birnen fünfzellig sind. Weil die Zahl fünf mit Pflanzen und Früchten zusammenhängt,

schlußfolgerte Kepler, daß diese Zahl etwas mit Leben und Fruchtbarkeit zu tun hat, und gelangte dann zum Beispiel mit den Kaninchen von FIBONACCI. Dann beschäftigte sich Kepler mit Schneekristallen, die bekanntlich mit der Zahl sechs zu tun haben und kam dann auf hexagonale Strukturen. Dies führte Kepler zu den Kugelpackungen, obwohl beide Fragestellungen nichts miteinander zu tun haben.

Einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Keplerschen Vermutung leistete CARL FRIEDRICH GAUß (1777 - 1855). Er konnte nachweisen, daß es keine gitterförmige Anordnung gibt, die dichter ist als die von Kepler vermutete. Das bedeutete auch, daß die Packungsdichte bei der Keplerschen Vermutung mindestens 74,05% betragen muß. Der ungarische Mathematiker LASZLO FEJES TOTH (1915 - 2005) löste 1940 das Problem für die zweite Dimension.

Nach Gauß begannen die Mathematiker geradezu einen Wettlauf um den Nachweis über eine obere Schranke der Packungsdichte beim dreidimensionalen Problem. Im Jahre 1929 wies der dänische Mathematiker BLICHFELDT nach, daß die Packungsdichte nicht den Wert 83,5% überschreiten kann. 1947 senkte der Mathematiker RANKIN diese Packungsdichte auf 82,7%, bevor 1958 der britische Mathematiker ROGERS an der Universität Birmingham die Schranke auf 77,97 drückte. Der letzte Versuch kam von dem Mathematiker MULDER, der 1993 die obere Schranke auf 77,3% absenkte. Mulder meldete dann auch, daß der Taiwan-Chinese HSIANG in Berkeley (US Staat Kalifornien) im Jahre 1993 die Keplersche Vermutung bewiesen haben soll. Eine Überprüfung ergab dann aber gravierende Fehler in Hsiangs Beweisführung. So behauptete er: Wenn eine Anzahl von Kreisen nicht innerhalb eines bestimmten Bereiches untergebracht werden kann, dann lassen sie sich auch nicht in einem kleineren Bereich unterbringen. Diese Aussage ist falsch, aber Hsiang zeigte sich uneinsichtig.

Einen völlig anderen Weg beschritt dann der US Amerikaner THOMAS HALES (geb. 1958). Er bewies schließlich im Jahre 1998 die Keplersche Vermutung. Hales benutzte für seinen sehr umfangreichen Beweis einen Computer. Es war für die Mathematiker nicht nachvollziehbar, diesen Beweis zu überprüfen. Noch im Jahr 2003 rechnete man damit, daß ca. 20 Jahre vergehen werden, bis Hales Beweis akzeptiert werden kann. Schließlich war die gesamte verwendete Software auf logische Konsistenz zu überprüfen. Aber im Jahre 2014 war es dann soweit, Hales Beweis wurde akzeptiert. Damit war das Problem nach über 400 Jahren gelöst.

Aber die Freude darüber währte nicht lange. Im März 2016 gab es die offizielle Mitteilung, daß an der Berlin Mathematical School die Mathematikerin MARYNA VIAZOVSKA das Keplersche Problem für achtdimensionale Kugeln vollständig und exakt gelöst hat! Nach ihren Erkenntnissen läßt sich im achtdimensionalen Raum eine Packungsdichte von 25,4% erzielen. Das läßt vermuten, daß mit wachsender Dimension die maximale Packungsdichte sinkt.

Natürlich entsteht nun die Frage nach dem praktischen Sinn dieser Erkenntnisse.

Richtig spannend ist die Erforschung zufälliger Kugelpackungen. Wenn wir uns z.B. in der Kaufhalle eine Packung Feinfrosterbsen oder eine Glaskonserve anschauen, so sind die Erbsen nicht etwa gitterförmig gepackt, sondern sie bilden eine zufällige Packung, die möglichst dicht sein soll. Solche zufälligen Kugelpackungen entstehen, wenn die Kugeln in ein Behältnis gesteckt werden und man noch schüttelt. Dann wird die Packung besonders dicht, wie uns die Erfahrung lehrt. Solche zufälligen Kugelpackungen treten bei nichtmetallischen Werkstoffen z.B. Keramiken oder bei Graphitkugeln im Gußeisen oder beim Gasbeton auf. Die Dichte dieser zufälligen Kugelpackungen ist dann für die Eigenschaften der betreffenden Werkstoffe verantwortlich. Nun ist es bisher nicht gelungen, zufällige Kugelpackungen mathematisch zu beschreiben und Formeln für diese Strukturen anzugeben. Man ist also auf Experimente und Simulationen angewiesen. Dabei ergab sich ziemlich sicher, daß die Dichte zufälliger Kugelpackungen 63,66% beträgt.

Ein Zentrum für die Erforschung zufälliger Kugelpackungen befindet sich in Sachsen an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg. Dort haben Mathematiker unter der Leitung von DIETRICH STOYAN* (geb. 1940) systematisch zufällige Kugelpackungen simuliert. Dabei wird in einem dieser Simulationsprogramme eine Kugel in den Koordinatenursprung gelegt und andere docken sich dann an diese Kugel an. Somit entsteht ein zufälliger Kugelhafen. Stoyan untersuchte noch eine spezielle Kugelpackung, nämlich eine solche, bei der zwischen den Kugeln Kräfte wirken. Er konnte nachweisen, daß diese Kugelpackungen eine Dichte von bis zu 74% erreichen.

Auch bei den regelmäßigen Kugelpackungen werden übrigens Kräfte zwischen den Kugeln betrachtet. Sehr dichte Kugelpackungen im atomaren Bereich weisen die Metalle Silber, Gold und Platin auf. Andere Metalle wie Eisen und Chrom weisen nicht so dichte Kugelpackungen auf. Hat nun eine solche Kugelpackung im atomaren Bereich einen Defekt, so ist das wie bei Zähnen von Zahnrädern. Durch diesen Defekt wird ein Verrutschen vermieden. Das hat beispielsweise zur Folge, daß verunreinigtes Gold viel fester ist als reines.

* Gemeinsam mit seiner Ehefrau HELGA STOYAN verfaßte DIETRICH STOYAN das Sachbuch »Fraktale, Formen, Punktefelder«, welches 1992 im Akademie Verlag Berlin erschien, und was sich mit stochastischer Geometrie beschäftigt.



FOTO: HELMUT BRAUNSCHWEIG

Daß die beiden »Feiertage« am 1. und 8. Mai zufällig auf einen Sonntag fielen, war sicher nicht der Grund zur relativ geringen Anteilnahme durch die Eberswalder Bevölkerung. Mancher, der als Teilnehmer auf den jeweiligen Veranstaltungsorten erschienenen, machte sich so seine Gedanken über die Motive für das Fernbleiben von solchen gravierenden feierlichen Veranstaltungen.

Man fragt sich: Ist es eigentlich noch aktuell, den Ersten Mai nur zu feiern? Gewiß hat die Arbeiterklasse diesen Tag in den Arbeitskämpfen des vergangenen Jahrhunderts für sich als einen Sieg über die Allmacht des Kapitals gebucht. Fordern aber nicht die gegenwärtigen weltweiten gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen der Klassenkampf in Deutschland von heute gar nicht mehr so richtig wahrgenommen wird, nicht ein Umdenken von eingengter nationaler Ebene auf die Vorgänge um uns herum, auf der ganzen Welt, heraus?

Die wieder oder immer noch mächtigen Konzerne, in Verbindung mit dem weltweit agierenden Finanzkapital, haben längst alle Grenzen hinter sich gelassen. Sie maßen sich an und praktizieren es, die Menschen nach ihrem Gutdünken zu manipulieren, um ihre Interessen, die einzig auf Maximalprofit zur weiteren räuberischen Ausweitung der Macht (=expansionistischer Imperialismus) orientiert

Danke Margot

Tiefbewegt und unverdrossen nehmen wir, da wir selbst und unsere Kinder Schüler in der DDR waren, Abschied von Margot Honecker, die am 6. Mai 89jährig in Santiago de Chile verstorben ist.

Wir lernten gern für eine bessere Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Drogen, unterstützt wurden wir von unseren Lehrern. Stolz erfüllt uns, daß es auf deutschem Boden ein solches Schulsystem und landesweit einheitliche auf wissenschaftlicher Basis entwickelte Lehrpläne gab. Daß heutige Ideologen sie noch im Tode herabwürdigen, verwundert nicht.

Ehren wir sie und ihr Werk!

PETER STRECKER, Schorfheide

sind, von korrumpierten Regierungen nach Kräften unterstützt, umzusetzen. Dabei kommt es ihnen auf tausendfache unbekannte Opfer, ob Kinder oder Greise, nicht an. Es wird aber von den gleichen Kräften ein riesiges »Hilfe«-Geschrei erhoben, wenn die gequälten Menschen aus fernen Ländern sich aufmachen, um der Drangsal zu entinnen und dorthin zu ziehen, wo es ihnen vermeintlich besser geht.

Wir, die bessergestellten Deutschen, werden durch geschickt manipulierte (man kann auch sagen: betrügerische) Umverteilung des Profits zufrieden gestellt. Ein paar Soldaten in die Unruhe-Regionen zur Befriedung der Terrorgefahr außer Landes zu schicken, um das Leben als »Helden« für die Erhaltung des Friedens zu riskieren, wird noch als eine heroische Tat eingestuft. Wer das im Lande lauthals kritisiert und dagegen demonstriert, wird als »Anti-Deutscher«, Nicht-Versteher oder gar Extremist usw. usf. gebrandmarkt und behandelt.

Sozialer Frieden, Demokratie!

Leiharbeiterregelung:

Nicht mehr als eine Mogelpackung

Von der SPD und ihrem Vorsitzenden Gabriel wird die vorgesehene Regelung der gleichen Bezahlung der Leiharbeiter nach neun Monaten für vergleichbare Arbeit mit der Stammbelongschaft als großer Erfolg verkauft. Bei einer genauen Betrachtung, erweist sich diese Maßnahme als Mogelpackung, da die große Mehrheit der Leiharbeiter davon überhaupt keine Lohnerhöhung zu erwarten hat.

Es wird bewußt verschwiegen, daß von der einen Million Leiharbeiter in der BRD etwa 700.000 in Wirklichkeit überhaupt keine Lohnerhöhung zu erwarten haben, da 70 % aller

Welche farce! Und das sollen wir feiern? Laßt uns lieber gegen Kriegstreiberei und Sozialabbau demonstrieren!

Wie anders wird dagegen die Haltung zum Bekenntnis, der Opfer des heroischen Sieges über den deutschen Hitler-Faschismus ehrenvoll zu gedenken, offeriert? An der Gedenkstätte für die Gefallenen einige Blumengebinde, Rote Nelken und Rosen niederzulegen, möglichst wenig Worte machen und ein Gesangstück, das sollte ausreichen, um der Pflicht Genüge zu tun. So ist es in den letzten Jahren oft genug am Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten auf dem Friedhof in der Freienwalder Straße geschehen.

Aber diesmal kam es anders: Nach den Ehrungen durch die Offiziellen und einige Eberswalder Bürger erschien eine Gruppe Mädchen, Jungen, Jugendlicher und Erwachsener, mehr oder weniger in russischen Uniformen des zweiten Weltkrieges, mit der Roten Fahne des Sieges der Sowjetarmee und legten ihre Blumen nieder. In einer auf russisch gehaltenen Gedenkrede unterstrich der Redner die Freundschaft zwischen unseren Völkern nach dem Ende des Krieges. Im Anschluß sprach er eine Einladung aus zu einer kleinen Feier am drauf folgenden »Tag des Sieges« am 9. Mai.

Die Überraschung war gelungen. Der Bürgermeister bedankte sich mit passenden Sätzen für die ergänzenden Worte des feierlichen Gedenkens zum 71. Jahrestag des Sieges über den Faschismus. Von einigen Mitgliedern der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft wurde die Einladung für den nächsten Tag gern angenommen.

Der Tag des Sieges wurde auf dem Privatgrundstück eines in Eberswalde ansässigen russischen Bürgers zünftig gefeiert. Klänge aus der Konserve regten zum Tanzen an und es wurden neue Bekanntschaften geschlossen, die unsere Freundschaftspflege bestimmt erweitern werden. In den zu solchen Anlässen üblichen Trinksprüchen wurde betont, daß Rußland für uns ein befreundeter Partner ist und eher für ein friedliches Miteinander eintritt als expansionistische Absichten zu betreiben.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
DKP Eberswalde und Umgebung

Leiharbeiter weniger als neun Monate in einem Betrieb tätig sind. Auch für die verbleibenden 30 % bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die Arbeitgeber die Lohnerhöhung durch Entlassungen vor dem neunten Monat Betriebszugehörigkeit umgehen. Außerdem sollte man nicht verschweigen, daß es die SPD und die Grünen in ihrer Regierungszeit waren, die diese arbeitnehmerfeindlichen und ungerechten Regelungen eingeführt haben und jetzt ihre eigenen Fehlentscheidungen nur halbherzig korrigieren.

Dr. HELMUT KOCH

Klima-Bündnis:

Stadtradeln in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde, seit 1995 Mitglied im »Klima-Bündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V.«, beteiligt sich in diesem Jahr erstmals an der deutschlandweiten Klima-Bündnis-Kampagne »Stadtradeln«. Das Eberswalder Stadtentwicklungsamt arbeitet derzeit an den Vorbereitungen. Innerhalb von drei Wochen sollen möglichst viele Radkilometer beruflich und privat zurückgelegt werden. Alle können sich beteiligen und Teams bilden. Beim Stadtradeln 2015 waren in 341 beteiligten Kommunen in 7.800 Teams rund 130.000 Radlerinnen und Radler dabei, darunter 2.500

Kommunalpolitiker. Etwa 25 Millionen Kilometer wurden erradelt, was etwa 3.600 Tonnen vermiedener Kohlendioxidausstoß entspricht.

Offiziell eröffnet wurde das Stadtradeln 2016 am 3. Mai in Frankfurt am Main. In Eberswalde ist zum Stadtfest FinE am 4. Juni der Auftakt geplant, während die Tigerradtour am 25. Juni das Ende markiert. Unter allen Teilnehmern werden am Ende attraktive Preise verlost. Anmeldungen sind im Internet (www.eberswalde.de) möglich oder bei Severine Wolff und Jacob Renner im Stadtentwicklungsamt der Stadt Eberswalde in der Breiten Straße 39 (Tel. 03334/64-615 und -626).

Antibiotika in der Landwirtschaft

Während der letzten Kreistagssitzung des vergangenen Jahres kam es zu einer heftigen Diskussion zum Thema Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft. Anlaß bot ein Beschlußantrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Veröffentlichung der auf gesetzlicher Grundlage im Landkreis erhobenen statistischen Daten zum Antibiotikaverbrauch. Am Ende der Debatte legte der Kreistag fest, daß sich die Ausschüsse für Landwirtschaft und Umwelt (A5) und für Gesundheit und Soziales (A6) in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema befassen sollen.

Diese Sitzung fand im April statt. In einem ausführlichen Vortrag erläuterte Amtstierarzt Dr. Mielke die fachlichen und rechtlichen Hintergründe zum Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung. Erkennbar wurde, daß man sich sowohl auf Bundes- als auch auf Kreisebene der Probleme und Gefahren bewußt ist, die von einem hohen Antibiotikaeinsatz in den Ställen ausgehen. Inzwischen wird versucht, dem entgegenzusteuern. Dabei gibt es allerdings Schwierigkeiten. So sind z.B. nur Großbetriebe der Tierhaltung verpflichtet, regelmäßig Meldungen zum Antibiotikaeinsatz abzugeben. Für den Barnim bedeutet das: nur 16 von insgesamt 3.649 nutztierhaltenden Betrieben unterliegen der Meldepflicht. Betriebe mit weniger als 10.000 Masthühnchen oder 250 Mastschweinen (gehalten innerhalb eines Kalenderhalbjahres) zum Beispiel, sind von Meldungen befreit.

Erschreckend auch die Tatsache, daß von den 16 meldenden Betrieben im Kreis 11 die bundesweiten Vergleichskennzahlen zum Teil deutlich überschritten. Drei Betriebe legten deshalb inzwischen Maßnahmepläne vor, um den Antibiotikaeinsatz zu verringern.

Wir sitzen hier auf einer tickenden Zeitbombe. Durch den hohen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung, aber auch beim Menschen, entstehen vermehrt resistente Keime. Sie bedrohen unsere Gesundheit, da es gegen sie immer weniger wirksame Arzneimittel gibt. Die dargestellten Daten und Fakten sollten für uns daher Anlaß sein, zu überlegen, was wir auf Kreisebene zusätzlich tun können, um Fortschritte auf diesem Gebiet zu erzielen. Eine Möglichkeit wäre die Förderung einer artgerechten Tierhaltung im Barnim durch eine Politik, die die öffentliche Gesundheit und die Naturräume schützt. Weiterhin wichtig wäre es, die bisher relativ unwirksame Erfassung der Antibiotikagaben zu verbessern. Dazu bräuchte es dringend auch eine öffentliche Kontrolle von Betrieben, die z.B. »nur« 9.999 Hühner oder 249 Schweine pro Halbjahr halten. Diese können bisher »unter dem Radar« der Meldepflicht Antibiotika einsetzen. Langfristig läßt sich die hohe Infektanfälligkeit der Bestände aber nur durch eine extensive, artgerechte Tierhaltung vermindern.

STEFAN BÖHMER, Fraktionsvorsitzender
Grüne/B90 im Kreistag Barnim

Nie wieder Krieg – hieß es nach dem Krieg

Diese Worte hörte man immer wieder nach dem fürchterlichen Mordzug der Faschisten im 2. Weltkrieg. Und nun?

Kriegsverteidigungsministerin von der Leyen ist besorgt, daß sie nicht alle Kriegsschauplätze der Welt mit deutschen Soldaten beschicken kann. Ihre jungen Leutnants müssen nun »Klinkenputzen« wie die Hausierer und zwar dort, wo das »Kanonenfutter« zu finden ist, also an Schulen und Universitäten.

Dort wird den Jugendlichen (oft sogar noch Kindern) die Bundeswehr in den besten Tönen dargestellt, als ob es für junge Menschen keine bessere Zukunft gäbe, als in der Bundeswehr geboten wird. Das »As im Ärmel« spielt bei der Werbung keine Rolle. Aber von der Leyen wird sich auch um schöne Zinksärge kümmern!

Die rote Oma ruft Euch zu: Laßt Euch nicht in die Falle Locken

ELISABETH MONSIG, Gartz

30. Mai bis 4. Juni

Klimaschutzwoche

Ein Projekttag zum Thema »Klimaschutz selber machen«, eine klimapolitische Radtour, Filmvorführungen und Diskussionen zum klimabewussten Verhalten sind nur ein paar Programmpunkte der Klimaschutzwoche 2016 an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

Eröffnet wird die Klimaschutzwoche 2016 mit einem Impulsvortrag zum Thema »Klimaschutz heißt Kohleausstieg«, den die HNEE-Absolventin Carina Zell-Ziegler und heutige Mitarbeiterin des Öko-Institut e.V. hält. Die Filmvorführung »Auf der Kippe« zum Widerstand gegen den Kohleabbau in der Lausitz rundet die Eröffnung der Klimaschutzwoche ab. Mit Aktivitäten wie einer gemeinsamen klimapolitischen Fahrradtour des Alnus e.V. zu Orten, die durch den Bau der Bundesstraße 167 zerstört und beeinträchtigt werden, sowie dem Waldspaziergang zum Thema »Welchen Einfluß hat der globale Klimawandel auf die heimischen Wälder?« durch Prof. Dr. Harald Schill werden in den darauf folgenden Tagen regionale Fragestellungen eingebunden. Die Regionalwoche der Mensa sorgt mit der Vielfalt und dem Geschmack regionaler Zutaten für das leibliche Wohl der Besucherinnen und Besucher.

Klimaschutz selbst gestalten – das zeigen unterschiedliche Initiativen am 1. Juni an einem Projektnachmittag. Die Fahrradselbsthilfswerkstatt des AStAs, ein RepairCafé des Hebewerk e.V. und ein SMERGY-Energiespar-Test der BUNDjugend sowie viele andere aktive Gruppen vermitteln, wie mit einfachen Mitteln Klimaschutz für jeden und jede machbar ist. Die Einweihung einer Schenktelefonzelle und ein Tausch- und Schenkmarkt zeigen, wie nicht mehr benötigte Gegenstände eine Verlängerung ihrer Nutzungsdauer erfahren können und so zum Ressourcenschutz beitragen. Forschungsprojekte der HNEE wie »Der verpackungsfreie Supermarkt« stellen sich vor, mit dem Wood-Bike zeigt die HNEE, wie ein praktischer Beitrag zur Reduzierung von Treibhaus-Emissionen durch Verwendung nachhaltiger Werkstoffe aussieht.

Abschluß und ein Höhepunkt ist der letzte Tag, an dem die Hochschule traditionell im Rahmen des Eberswalder Stadtfestes FinE ihre Türen für alle Interessierten öffnet.

STEFANIE SCHULZE

Keine AfD in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Der am Wochendende 25./26. Juni im Eberswalder Familiengarten geplante Parteitag der AfD Brandenburg mit bis zu 300 Teilnehmern ist von der Partei abgesagt worden. Ein ebenfalls im Familiengarten geplantes Sommerfest der Partei kann aufgrund von notwendigen Reparaturarbeiten nicht stattfinden.

Wohlgermerkt, nicht der Streit ist das Problem. Doch wie stellt man es an? Lug und Trug sind ja gerade deswegen so erfolgreich, weil sich verstellen, ihre wahren Ziele verschleiern und über ihre Absichten täuschen.

Auch hier möchte ich Dich an die Römer erinnern, die fragten »CUI BONO?« Das heißt: »Wer hat den Nutzen?« Die Deutschen kennen das Sprichwort: »Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte.« Also: Schau dir an, wer von einem Streit am meisten profitiert. Und bedenke: Es sind häufig nicht die Streitenden. Schau Dir an, wer das Milieu gestaltet, in dem die Menschen in Deiner Gruppe miteinander in Kontakt treten: Ist das Milieu eher aufgeheizt durch persönliche Scharmützel oder harmonisch durch gegenseitiges Verständnis? Ist es zu beobachten, daß vor gemeinsamen Treffen besonders häufig persönliche Streitereien ausbrechen? Welche Fragen beherrschen den Alltag? Sind es Fragen, die einen Kompromiß als Lösung beinhalten, oder sind es Fragen, bei denen die eine Seite sich moralisch über die andere Seite stellt?

Zum Schluß will ich Dir noch eine andere Methode der politischen Herrschaft verraten: die Erpressung. Sie kommt manchmal ganz freundlich daher, das ist die Bestechung. Doch hat sie nichts erreicht, dann wird sie brutal. Die Erpresser sind häufig gute Menschenkennner: Sie wissen, was die Schwächen und Ängste ihrer Mitmenschen sind. Ihr eigenes Ziel vor Augen, bauen sie (Droh-)Potentiale auf, denen die Schwachen zuerst, die Starken zuletzt unterliegen.

Ein Beispiel: Ein Mann aus meinem Umfeld berichtete mir mehrfach davon, wie er Dritten gegenüber körperliche Gewalt erfolgreich an-

Eine Begegnung in Spanien (2):

Von der Logik der Macht

Der alte Mann, den ich beim Wandern zwischen Logrono und Santa Domingo de la Calzada traf, hatte mir von seinen Erfahrungen in der Politik erzählt. Davon, wie in seiner Gruppe durch Zank und Streit skrupellose Machtmenschen das Zepter in die Hand bekamen und viele engagierte Mitstreiter hinausdrängten. Sein Fazit: Menschen, die solche Gemeinschaften wie die seine durch gezielte Streitereien spalten, um sich an die Spitze zu setzen, sollten demaskiert und in die Schranken gewiesen werden, wenn den Gruppen an demokratischem Wachsen gelegen ist. Weiter sprach der alte Mann:

gewendet hat. Das ist die Methode der Drohung. Ein anderes Beispiel, von dem ich hörte: Das Kassenwesen einer Gruppe wurde völlig überschuldet und verrütet.

Mein lieber Freund, und ich sage Dir, das ist die Achilles-Ferse jeder Gruppe: Denn wenn die Finanzen nicht ausreichen, um die die laufenden Kosten zu decken, so ist die Gruppe auf Gedeih und Verderb den wenigen Zahlungskräftigen ausgeliefert. Wenn Entscheidungen der Mehrheit (wohlgermerkt es herrschte damals Demokratie!) nicht dem Willen der starken Einzelnen entsprach, drohte man mit dem Entzug der Gelder, die bis dahin freiwillig entrichtet wurden.

Auch die Lüge ist ein Instrument zu manchem politischen Zweck: Denn Wahrheit wird zum Gegenstand der Mehrheitsmeinung, sobald man die Sachebene verläßt und sich in den persönlichen Bereich begibt. Kleine Abwandlungen von diesem Phänomen sind die absichtlichen Fehlinformationen oder das gezielte Weglassen von Informationen.

Mein lieber Freund, es gibt viele, die meinen, der gute Zweck (Hilfe für die Armen, Schutz der Erde) heilige jedes Mittel. Doch keine politische Idee ist so wichtig, daß man dafür lügen und betrügen, erpressen, drohen,

oder andere Methoden anwenden darf! Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Denn die Folge von unmenschlichem Handeln ist die Zerstörung dessen, was Grundlage unserer Gemeinschaft ist: Das Vertrauen in den Mitmenschen.

Ein Sprichwort sagt: »Politik ist ein schmutziges Geschäft«. Der Volksmund kennt also schon lange die Untiefen dieser Betätigung. Für den Ahnungslosen ist dieser Satz in mehrfacher Hinsicht überraschend: Politik ist ein Geschäft? Und gar ein schmutziges? Willen uns nicht Nachrichten jeden Tag weismachen, daß es um hehre Ziele wie die Gerechtigkeit und die Zukunft der Erde geht??

Mein Rat, und damit will ich schließen: Um so wohlklingender die Versprechungen, um so freundlicher und beflissener das Auftreten, um so mehr Kinderbilder, aber weniger Zahlen und Fakten, desto vorsichtiger sei bei der Wahl Deiner Politiker!

Nachdem der Mann seine Geschichte beendet hatte, nahm er seinen Hut und seinen Stock, verabschiedete sich von mir und verschwand. Er war alt und gebrechlich, aber in seinen hellen Augen strahlten die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft. Ich werde ihn nie vergessen.

TILL UHLENSPIEGEL

Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis

Eberswalde (spd). Noch bis zum 12. Juni können Vorschläge für den »Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis« bei der Eberswalder Stadtfraktion DIE SPD eingereicht werden.

Die Fraktion vergibt diese Auszeichnung für soziales Engagement in der Stadt Eberswalde in diesem Jahr zum siebten Mal. Mit dem Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis soll als sichtbares äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich ausgezeichnet werden, das – oft unbemerkt von der Öffentlichkeit – im Dienste des Menschen und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird.

Die Auszeichnung ist mit 450 Euro dotiert. Als persönliche Anerkennung wird außerdem eine Urkunde verliehen. Als Preisträger/innen kommen ehrenamtlich tätige Personen sowie Vereine, Privatinitiativen und andere Organisationen aus der Stadt Eberswalde in Betracht. Voraussetzung ist, daß das Engagement, für das die Auszeichnung vergeben wird, der Allgemeinheit dient. Der Preis wird im September vergeben. Über den/die Preisträger/in entscheiden die Mitglieder der SPD-Fraktion.

Fotoausstellung im Kreishaus:

»Die Balkanroute – Grenzen überwinden«

Eberswalde (b90/bbp). Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und der Runde Tisch »Willkommen in Eberswalde« laden noch bis zum 8. Juni herzlich ein zur Fotoausstellung »Die Balkanroute – Grenzen überwinden« des Fotojournalisten Erik Marquardt.

Zur Vernissage am 23. Mai berichtete Erik Marquardt von seinen Reisen entlang der Balkanroute. In einem Podiumsgespräch mit dem Fotojournalisten, dem bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten Stefan Böhmer, Erik Pfaff vom Runden Tisch und der kreislichen Integrationsbeauftragten Marieta Böttger kamen auch mehrere aus Syrien geflüchtete Bamimer Neubürger selbst zu Wort, die von ihren Schicksalen und Erfahrungen erzählten.

Vor einem Jahr stieg die Zahl der Menschen, die auf ihrer Flucht vor Krieg und Gewalt Europa erreichten, von Tag zu Tag rasant an. Lesbos wurde zum zentralen Flüchtlingsort im östlichen Mittelmeer. Gleichzeitig häuften sich die Meldungen über Todesopfer, die die riskan-

te Überfahrt von der türkischen Küste zu den griechischen Inseln forderte. Für die Überlebenden ging die strapaziöse Flucht weiter über Mazedonien, Serbien oder Kroatien, Ungarn nach Österreich und Deutschland.

Der Fotojournalist Erik Marquardt hat die Situation der Flüchtenden auf der Balkanroute in eindrucksvollen Bildern festgehalten. Sie erzählen, neben der enormen Freude über die Ankunft in Europa, vor allem von zermürbend langen Wartezeiten, nächtlichen Grenzübergangungen und überfüllten Flüchtlingscamps.

Nun wurde die Balkanroute für »geschlossen« erklärt – viele Fragen bleiben aber weiterhin offen. Was bedeutet die europäische Asylpolitik für die Wertegemeinschaft der EU? Wie geht es für die Menschen, die nun an der griechisch-mazedonischen Grenze verharren, weiter? Wie meistern wir die Situation in Deutschland? Die Ausstellung ist bis zum 8. Juni im Glaszwischenbau des Paul-Wunderlich-Hauses zu sehen und täglich geöffnet.

Die Internetgesellschaft (Teil 2)

Gehirndoping als Ausweg?

Eine Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie »Digitalisierung und du« (abzurufen unter: www.de.digital) wirbt für mehr Internet und verweist auf die Chancen der Digitalisierung. Chancen? Im ersten Teil befaßten wir uns mit der politischen Dimension des Internets und der Digitalisierung der Gesellschaft. Nun zu weiteren Problemfeldern.

Die Entwicklung von Software und Betriebssystemen geht rasend schnell voran. Ein Heer von Tausenden Entwicklern und Programmierern sowie Ingenieuren lassen sich von Jahr zu Jahr neues einfallen, wobei das zu lernende Wissensgebiet sich drastisch erweitert. Am Ende der Kette steht der Anwender, der ständig neu hinzulernen muß.

Doch kaum etwas gelernt, nach mühevoller Fleißarbeit, ist das Erlernte schon wieder veraltet, weil das nächste Neue das Vorherige verdrängt. Alles soll besser und umfangreicher werden, so möchte es der Kunde (bzw. der Produzent, der auch weiterhin Einnahmen generieren will). Drum ist die Devise schon seit längerer Zeit, daß man nicht frühzeitig genug mit dem PC und dem Internet anfangen kann. Also hinein damit in die Schulen, Vorschulen und vielleicht auch schon in die Kindergärten. Die Internetgesellschaft kann also schon im frühesten Kindesalter beginnen.

Die Masse des zu lernenden Stoffes überfordert aber nicht nur Schüler, sondern auch Studenten, lernende Berufstätige und letztendlich auch Dozenten. Der Ruf nach Gehirn-Dopingmitteln (»Brainbooster«) wird laut. Was man selbst nicht mehr leisten kann und zur Überforderung führt, das braucht pharmazeutische Unterstützung. Das denken auch so manche Eltern und verabreichen ihren Kindern, die sie als hyperaktiv einschätzen, was sie als Defizit bzw. Krankheitsbild ansehen, Ritalin® (auch Kinder-Koks genannt).

Psychiater, Neurologen und Psychologen mutmaßen, in Ermangelung besserer Erklärungen, die Ursache von Hyperaktivität ist eine chemische Unausgeglichenheiten im Gehirn oder als genetischen Fehler anzusehen. Es gibt aber keine Beweise für diese Annahmen. Ritalin® hat den Wirkstoff Methylphenidat und ist ein verschreibungspflichtiges Betäubungsmittel, welches unter bestimmten Umständen beruhigend wirkt und deshalb als »Zappelphilipp-Droge« bekannt ist. Es können bei der Einnahme ernste Nebenwirkungen auftreten wie nervöse Störungen, Schlaflosigkeit, Eßstörungen und Herzbeschwerden.

Viel Sport und mehr Zuneigung im Elternhaus, können besser sein als dieses Medikament.

Gehirndoping (*Neuro Enhancing*) ist der Anfang einer neuen Entwicklung. Gehirndopingmittel sollen eine Leistungssteigerung des Gehirns bewirken und helfen dem Leistungsdruck besser standzuhalten. Die nächste Steigerung, an der man derzeit forscht, sind Intelligenzpillen, die das Gehirn zu Höchstleistungen befue-

ern und den Intelligenzquotienten steigern lassen sollen. Danach wird es die Wissensspillen geben, bei der man nichts mehr zu lernen braucht, sondern man bringt den fachlichen Wissensstoff von der Pille direkt ins Gehirn ein, der dort fest verankert wird (ausführliche Informationen im Internet unter: www.intelligenzpillen.de). Bei allen Gehirndopingmedikamenten ist es derzeit so, daß das Risiko, durch Nebenwirkungen Schaden zu nehmen, deutlich höher ist als die erhoffte Wirkung. Also gilt auch hier: lieber Sport treiben und ein ausgeglichenes Leben führen.

Die Bundesregierung hat eine Internetbotschafterin: »Gesche Joost«. Sie sieht das Internet und die Digitalisierung unserer Gesellschaft als große Chance, bei der neue berufliche Perspektiven für alle entstehen.

Ich sehe das mittlerweile anders und zwar so: Wir brauchen mehr aktives Miteinander und eher eine humanere und sozialere Gesellschaft als eine Internetgesellschaft. Statt unsere wertvolle Lebenszeit vor einem Monitor zu verträdeln, sollten wir uns besser in ein Umfeld von Freunden und Bekannten begeben, wo wir mit ihnen sinnvoll unsere Zeit verbringen und uns des Lebens erfreuen, statt in virtuelle Welten abzutauchen.

Auch ich habe das Internet einmal als große Chance angesehen und 1995 ein Buch darüber geschrieben, mit dem Titel: »Multimedia, ISDN und satellitengestützter Fernunterricht« (inzwischen kostenlos zu lesen im Internet unter: www.aktuelles-wissen.de/Multimedia). Die Chancen, die man damals sah, waren groß und viele Risiken noch unbekannt. Das hat sich aber im Laufe der Zeit gewandelt. Und viele Menschen haben inzwischen viel wertvolle Lebenszeit am PC verbracht, beruflich wie privat. Doch muß jeder für sich selbst die Frage stellen: »Will ich mein Leben vor einem Monitor verbringen? Oder ist mir mein Leben zu kostbar dafür?«

Ich halte es für zu kostbar und bin deshalb der Meinung, eine ausufernde Internetgesellschaft, wie es die Wirtschaft und die Politiker wollen, bei der wir unsere unersetzliche Lebenszeit vor einer Glotzkiste abhängen, welche auch noch von dubiosen Mächten überwacht wird, brauchen wir nicht.

Machen wir doch lieber Sport in einem Verein (oder notfalls allein) und halten uns fit. Eberswalde hat hier auch einiges zu bieten. Also, werden Sie aktiv und passen Sie gut auf sich auf!

PIERRE SENS

Randnotizen

Jeder, der einen Hund hat und ausgedehnte Waldspaziergänge liebt, kennt das: Irgendwann fängt das liebe Tier an, im Fell zu knabbern und schließlich ist da eine wunde Stelle, mit dem Rest eines Holzbockes in der Haut. Man braucht viel Geschick und eine gute Zange, um den Zeckenkopf dann zu entfernen.

Manchmal übersteht so ein Holzbock eine Saugmahlzeit unbeschadet und liegt dann als dicke olivgraue Erbse auf dem Teppich, auf die man sich hüten sollte zu treten. Aber nicht nur Hunde sind betroffen. Man braucht als Mensch nur mal etwas abseits des Weges durchs Gebüsch laufen, schon hat man die hochsensiblen Tierchen am Hosenbein, die sich bei der kleinsten Erschütterung sofort fallen lassen.

Natürlich kann ein Zeckenbiß Komplikationen auslösen. Das ist aber selten. Es gibt nicht nur das Böse. Es gibt auch das Gute! Forscher haben herausgefunden, daß moderater Parasitenbefall vor Allergien schützt. Denn die vom Immunsystem angegriffenen Eiweißmoleküle des eigenen Körpers ähneln bestimmten Eiweißen des Parasiten, z.B. von Würmern.

In der Tiermedizin ist bekannt, daß der Befall von harmlosen Parasiten Rinder vor einer tödlichen Seuche bewahren kann. Man sieht also, Parasiten haben durchaus ihren berechtigten Platz in der Welt.

Selbst der Autor dieser Zeilen hat in den 1970er Jahren kleine unscheinbare Tierchen, die sich in winzigen Gängen durch die oberen Hautschichten fressen, von der Schule oder vom Spielplatz mit nach Hause gebracht. Hat da etwa die Mutter gesagt: »Du bringst mir Parasiten nach Hause? Dich will ich nicht mehr sehen.«

Solch ein Befall ist in der Regel oft in Kriegs- und Notgebieten zu finden, wo viele Menschen bei unzureichenden hygienischen Bedingungen zusammenleben müssen. Aus diesem Grund bekommen etliche Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten an der bayerischen Grenze ankamen, in einem medizinischen Erstcheck Salben verordnet. Manche gar, schrieb die Süddeutsche Zeitung, mußten einen Ganzkörperanzug tragen, um der Plage Herr zu werden.

Einen anderen Parasiten kennt jede Kindergärtnerin: die gemeine Kopflaus. Die Vierjährigen stecken nun mal gerne ihre Köpfe zusammen, da ist der Wirtswechsel für die Läuse einfach. Die Behandlung ist es aber auch: ein paar Stunden die Haare in Öl, und die Läuse marschieren in die ewigen Jagdgründe.

Es gibt kein klinisch reines Leben, weder im Haushalt ist das möglich, noch in der Schule, in der Stadt oder sogar im ganzen Land. Wer auf übertriebene Reinheit achtet, den ereilen mit Sicherheit allergische Reaktionen, die den eigenen Körper angreifen. Ein bißchen laisssaire-Haltung könnte uns allen in dieser Hinsicht nur guttun.

JÜRGEN GRAMZOW

Erwin, der Freiwillige Helfer der VP aus dem Nachbarort, war mit seinem Moped dem ABV hinterher gefahren, um ihn abzufangen. Er rief, besser er schrie, um die Fahrzeuggeräusche zu übertönen, daß sich Hauptwachtmeister Bummeloh unverzüglich im Gemeindebüro melden sollte. Irgendwas sei im Gange, habe er herausgehört! Aber er wußte nicht was!

Der Polizeier machte sich schnurstracks auf zum Bürgermeister. Dort angekommen, wurde er vom Dorfobhaupt erregt über ein Ereignis von erschreckender Tragweite informiert. Bummeloh bestieg kurzerhand sein Dienstfahrzeug und fuhr nach Hause, um nach dem rechten zu sehen. Vor allem, wie es seiner Frieda geht, wollte er wissen und natürlich über den Vorfall etwas Genaueres in Erfahrung bringen. Zuhause fand er seine Frau völlig aufgelöst und niedergeschlagen am Küchentisch sitzend.

»Dort, in diese Richtung ist dieser Hund verschwunden, Heinz! Zur Feldscheune hin, so glaube ich!« Bummeloh legte seinen Arm um sie und streichelte ihren Nacken. Dann knirschte er mit den Zähnen und murmelte: »Na warte, Freundin, dir werde ich Beine machen, du Schweinehund!«

Darauf rückte er die Dienstwaffe zurecht und schwang sich aufs Moped. Da die Fahrt über das unwegsame Gelände mit dem schwachen Kleinkrafttrad sehr beschwerlich war, stellte es der Ordnungshüter bald ab und machte den Weg in Richtung Feldscheune zu Fuß. Die von Gehölzen umrahmte Scheune hatte eine seitlich angebaute massive Remise für diverses landwirtschaftliches Gerät zur Reparatur bzw. zur Lagerung. Etwa 20 Meter davor blieb er stehen und rief auf russisch: »Wer da? Sie befinden sich auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik! Kommen Sie heraus und weisen Sie sich aus!«

Stille! Aus der Scheune kam kein Laut. Als der ABV dann weitere Schritte auf das Versteck hin machte, kam die Antwort auf seinen Anruf: Mehrere Feuerstöße aus einer Schnellfeuerwaffe trafen den Polizisten und streckten ihn nieder. Körpertreffer in Brust und Bauch und eine zerfetzte Halsschlagader, wie später vom Mediziner festgestellt wurde, ließen den mutigen Ordnungshüter binnen kürzester Zeit verbluten.

Der verschanzte Soldat, ein Deserteur, wie inzwischen vom sowjetischen Armeekommando mit Verbitterung bestätigt, ließ keinen Sani und keinen Helfer an den reglosen Körper heran. Mit Feuerstößen aus seiner Maschinenpistole schreckte er auch die Mutigsten zurück. Ein Rot-Kreuz-Mitarbeiter hatte ein weißes Taschentuch oben an einen langen Stock befestigt, wollte sich heranpirschen. Aber auch er wurde schnell mit Schüssen abgeschreckt.

Der ermordete ABV (3)

frei nach einer wahren Begebenheit von DIETER KEMPFERT

Im Jahr 1976 pulsiert das Leben in der historisch gewachsenen traditionellen Industrieregion, als ein tragisches Vorkommnis die Beziehungen zu den zahlreich in der Umgegend stationierten sowjetischen Militäreinheiten nachhaltig belastet. Ein Deserteur der Sowjetarmee hatte auf seiner Flucht einen Volkspolizisten erschossen. Wie es dazu kam, wird in dieser dreiteiligen Geschichte erzählt.

Im Volkspolizeikreisamt (VPKA) schrillte die Alarmanlage, anhaltend und sehr heftig. Ein Zeichen, ein Befehl also, bei dessen Ertönen alle Abteilungsleiter sich unverzüglich beim Chef einzufinden hatten. Der Chef empfing die Leiter der Bereiche mit hochrotem Gesicht und offenem Jackett mitten im Raum stehend. Nervös erläuterte er mit ernster Miene in kurzer, knapper Form die Lage: Unweit habe es in einer ländlichen Gegend ein Vorkommnis gegeben. Im Ergebnis einer Auseinandersetzung haben wir einen Toten zu beklagen, einen von uns! Die Anwesenden waren betroffen, blieben aber dennoch ruhig und gelassen.

»Wir arbeiten jetzt den Alarmplan ab, also, Marsch, Marsch, ab aufs Land, Kripochef du fährst mit mir!« Auf der Treppe flüsterte der Chef ihm noch zu: »Mach dich auf was gefaßt, Junge!« Was soll denn das, wußte der vielleicht schon mehr? dachte der Kriminaler.

Inzwischen war das Kommando des VPKA, verstärkt durch alarmierte Bereitschaftspolizisten, eingetroffen. Während letztere die Scheune weiträumig umzingelten, schirmten andere Polizisten weiträumig die ganze Gegend gegen Einwohner des Ortes und Neugierige ab. Die Stille wurde jäh unterbrochen, als über dem nahen Wald ein Hubschrauber erschien. Der Militärhelicopter mit einem roten Stern kreiste ein paar Mal über den Örtlichkeiten und ging dann einige hundert Meter vom Ort des Geschehens nieder. Dirigiert wurde er von einem sowjetischen Militärfahrzeug per Funk, das sich inzwischen, gefolgt von einem Sanitätskraftwagen, eingestellt hatte.

Erschienen waren zunächst Militärs verschiedener Waffengattungen. Angefangen von höheren Stabsoffizieren über Regimentskommandeure und Politoffiziere. Selbstverständlich auch der Kompaniechef des Deserteurs und dessen Gruppenführer. Als endlich der zuständige sowjetische Militärstaatsanwalt mit Anhang einschließlich Fotografen eingetroffen waren, kam es zu einer ersten gemeinsamen Lagebesprechung von deutscher und sowjetischer Seite.

Fast am Ende der Beratung, als alle schon aufgebracht und rechthaberisch durcheinander diskutierten, kam der Vorschlag, daß man, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, den Deserteur mit einer schweren Waffe ins Jenseits

befördern sollte. Der Kommandeur reagierte zunächst zweifelnd auf diesen ungewöhnlichen Vorschlag. Schließlich entschied man sich doch dafür. Nach etwa 20 Minuten kam der Befehl, den unbeherrschbaren Banditen mit einer panzerbrechenden Waffe zu liquidieren. Bis zu diesem Zeitpunkt war es immer noch nicht gelungen, den Toten aus der Schußzone zu bergen. Im selben Augenblick ertönte aus einer Handsirene ein Alarmsignal und unmittelbar darauf ein ohrenbetäubender Knall. Kalk und roter Ziegelbruch, kreuz und quer verstreute Bretter und ein sich von der Remise ausgebreitete weiße Staubwolke war alles, was übrig war. Die Aktion war beendet.

Kurz darauf bargen Volkspolizisten die sterblichen Überreste ihres Genossen. Auf einer Bahre gebettet, trug man ihn zum Sanitätskraftwagen. Den Deserteur, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, hatten Rotarmisten aus den Trümmern der Remise geborgen. Zwei von ihnen zogen den Toten – jeder an einem Bein – über die Brache, bis endlich zwei Soldaten mit einer Trage heran waren.

Der Kripochef hatte nun endlich die traurige Gewißheit, daß es sich bei dem Toten um seinen Schwager, den Angetrauten seiner Schwester, den ABV Heinz Bummeloh handelte. Tief erschüttert schoß es ihm durch den Kopf, sofort seine Schwester anzurufen und über die traurige Sachlage zu informieren.

»Nein, nein!« stammelte er vor sich hin, »das kann ich ihr nicht per Telefon antun!« Es war an der Zeit, sie aufzusuchen, ein Gebot der Menschlichkeit.

Mit Tränen in den Augen drückte er die Schwester an sich und versuchte sie zu trösten und zu beruhigen, so gut es ging.

*

Obwohl schon einige Zeit verstrichen war, konnte Frieda Bummeloh den heimtückischen Anschlag auf ihren geliebten Ehemann, dem er zum Opfer gefallen war, einfach nicht verwinden. Besonders bedrückend waren für sie hartnäckige Erinnerungen, die in traumatischen Erscheinungen mündeten.

Doch die schrecklichen Erinnerungen verblaßten allmählich. Im Gedächtnis verblieb allerdings das unvergeßliche Staatsbegräbnis ihres Mannes als letzte Ehre und Würdigung für ein viel zu kurzes Leben.

MUSAIK – Joachimsthaler Musikfest am 27. und 28. Mai

Jeanine Vahldiek Band (27.5., 20 Uhr, 10 €) und **Apparatschik** (28.5., 20 Uhr, 12 €).

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

»Heidekrautbahn«:

Bahnhöfe, die niemand braucht?

Klandorf/Klosterfelde (bbp). Der verkehrspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag MICHAEL JUNGCLAUS hat sich vorgenommen, allen achtzig Bahnstationen in Brandenburg mit weniger als fünfzig Ein- und Aussteigenden pro Tag einen Besuch abzustatten. Am 9. Mai setzte Jungclaus seine im Vorjahr begonnene Bahnhofstour fort, mit dem Besuch der Stationen Klandorf und Lottschese (Klosterfelde) an der Heidekrautbahn.

»Bislang agiert die Landesregierung nach der Vorgabe, keine Mehrbestellung ohne Kürzung an anderer Stelle«, so Jungclaus. »Die durchaus sinnvollen Verbesserungen im Speckgürtel führen so zwangsläufig zu Einschränkungen bei den sogenannten nachfrageschwachen Bahnhöfen. Wir halten dies für falsch und wollen stattdessen die Entwicklungsmöglichkeiten der Bahnhöfe betrachten und ausbauen.«

Auf seiner Tour spricht der Verkehrspolitiker mit Anwohnern, Bürgermeistern, Ortsvorstehern und anderen engagierten Menschen über die Bedeutung und Potentiale der Bahnhöfe und stellt in diesem Zusammenhang auch das Gutachten der Landtagsfraktion zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots vor. Darin werden unter anderem ein integrierter Taktfahrplan, verstärkte Angebote für Touristen und eine Stärkung des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) vorgeschlagen.

»Brandenburg braucht einen modernen und leistungsfähigen Nahverkehr«, ist sich der Landtagsabgeordnete sicher. Ein funktionierender ÖPNV sei für Pendler, Schüler und Touristen von zentraler Bedeutung. »Die steigenden Fahr-

gastzahlen im Gebiet des VBB sind sehr erfreulich, doch sie sind kein Grund zum Jubeln. Die positive Entwicklung im berlinnahen Raum täuscht darüber hinweg, daß die Angebots- und Nachfragesituation in den ländlichen Regionen alles andere als rosig aussieht. Niedrige Fahrgastzahlen sollten gerade ein Ansporn für uns sein, die Situation vor Ort zu verbessern. Die Landesregierung muß die noch nicht ausgeschöpften Potentiale nutzen, um die Bahn attraktiver zu machen.«

Doch auch unter der neuen Ministerin gelte weiterhin die Parole: »Keine Mehrbestellungen ohne Kürzungen an anderer Stelle«. Das bedeute, daß es im berlinnahen Raum zu Taktverdichtungen kommen kann, dafür aber zu einer weiteren Ausdünnung in der Peripherie. Der verkehrspolitische Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion fordert eine Abkehr von dieser Leitlinie.

In Klandorf nutzte Jungclaus die Freiwillige Feuerwehr als Ort für seine Gespräche mit dem Schorfheider Bürgermeister UWE SCHOKNECHT, dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung WILHELM WESTERKAMP, dem Klandorfer Ortsvorsteher OLAF PIEPER, PETRA POLLER vom Ortsbeirat sowie Mitgliedern des Bürgervereins Großschönebeck/Schorfheide e.V.

Am Nachmittag ging es weiter zur Haltestelle Lottschese. Von dort fuhr Jungclaus die drei Kilometer nach Klosterfelde mit dem Rad. In Klosterfelde traf er sich mit Wandlitzer Bürgermeisterin JANA RADANT, dem Klosterfelder Ortsvorsteher KLAUS PAWLOWSKI sowie Mitgliedern des Ortsbeirates von Klosterfelde und der Gemeindevertretung Wandlitz.

Verhandlungen zum Finowkanal

Eberswalde (bbp). Am 19. Mai hat der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde die Beratungsleistungen zur Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft an die DR. HEILMAIER & COLLEGEN RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT MBH aus Krefeld vergeben. Das Angebot war von drei Firmen, die sich an der beschränkten Ausschreibung beteiligt haben, mit 81.593,54 € laut Stadtverwaltung das wirtschaftlichste.

Indes konzentrieren sich die Verhandlungen zum Finowkanal auf die dritte Variante. »Nachdem Bürgermeister und KAG-Vorsitzender Friedhelm Boginski sowohl von den Stadtverordneten als auch von den KAG-Kommunen den Auftrag erhalten hatte, mit dem Bund die Übernahme der Schleusen in kommunale Hand zu verhandeln, ist er mit genau diesem Auftrag in die weiteren Verhandlungsgespräche gegangen«, teilte die Pressestelle der Stadtverwaltung mit. Bürgermeister Friedhelm Boginski sei froh, »denn der Bund ist grundsätzlich offen für diese dritte Variante. Diese besteht darin, zunächst einmal die Schleusen des Finowka-

nals in kommunale Verantwortung zu übernehmen und nach zehn Jahren erneut in die Verhandlungen zu einer kompletten Übernahme des Finowkanals einzusteigen.«

Für diese dritte Variante würde es vom Bund 14,2 Millionen Euro geben, die Hälfte der Kosten für die Sanierung der Schleusen.

Friedrich Peter Münch von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bescheinigte dem dritten Szenario, daß es erst einmal das Vernünftigste ist. »Für den WSA ist es natürlich die ungünstigste Variante, wir wollen den Finowkanal am liebsten komplett abgeben. Aber Szenario 3 ist erst einmal eine gute Grundlage zum Üben.« Die KAG-Mitglieder hatten sich am 25. April 2016 getroffen und das nun vorliegende Angebot des Bundes zur dritten Variante besprochen. »Die KAG-Kommunen stehen dem positiv gegenüber«, so Friedhelm Boginski.

Bis zum Sommer soll eine Verwaltungsvereinbarung erarbeitet werden und im September müssen in allen Anrainerkommunen Beschlüsse zur Annahme oder Ablehnung eines Szenarios vorliegen.

Neumark-Wanderungen

Bad Freienwalde (bbp). An drei Wochenenden in Folge laden die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland zu Führungen und Wanderungen in das Nachbarland jenseits der Oder ein.

Am 29. Mai und am 11. Juni führt Uwe Bräunig, er ist Polizeibeamter im Gemeinsamen Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit, die Wanderfreunde durch Schloß und Park Tamsel (Dbroszyn) und zu den Tempelrittern der Komturei Quartschen (Chwarszczany).

Das Schloß Tamsel (poln. Palac Dbroszyn) wurde von Hans Adam von Schöning etwa 1686 mit Hilfe griechischer Handwerker erbaut. Der Schloßherr war kurz vorher aus dem Krieg gegen die Türken zurückgekehrt, wo er von 1684 bis 1686 an der Belagerung und der erfolgreichen Erstürmung von Ofen (heute Budapest) teilgenommen hatte. Im Siebenjährigen Krieg wurde das Schloß im Jahr 1758 vor der Schlacht von Zorndorf von russischen Truppen geplündert und vieles zerstört. Bekanntheit erreichte die Anlage durch Theodor Fontanes »Wanderungen durch die Mark Brandenburg«. Hier ging er auf die Geschichte und liebliche Lage des Schlosses ein.

Die Komturei der Tempelritter und das Dorf Chwarszczany (bis 1945: Quartschen) befindet sich an der Mysla (Mietzel). Ab 1232 war der Ort ein Sitz der Tempelritter. Der Orden erhielt das Dorf Quartschen vom Herzog Heinrich I. von Schlesien geschenkt. Eine Komturei in Quartschen wird ab 1282 erwähnt. 1291 wurde die Komturei Residenz des Provinzmeisters Bernhard von Eberstein. Ein Provinzialkapitel wurde hier abgehalten. Nach der Auflösung und Enteignung des Templerordens wurde die Komturei Quartschen 1318 samt ihrem Besitz dem Johanniterorden übertragen. Später wurde ein königliches Domänenamt daraus. Weiterhin gab es eine Brennerei und eine Wassermühle. Als besonderes Highlight werden am 11. Juni am Ort Ritterspiele veranstaltet. Die Tempelritter schlagen ihre Zelte auf.

Zu beiden Veranstaltungen treffen sich die Wanderfreunde um 13.30 Uhr in Manschow (Gemeinde Küstriner Vorland). Die Gebühren betragen jeweils 3 Euro für Erwachsene und 1,50 Euro ermäßigt für Kinder und Freienwalder Kurkarteninhaber, NaturFreunde und Kinder mit Familienpaß Brandenburg frei.

Am 5. Juni lädt Corinna Gerber zu einer Wanderung »Von Zachow ins Bärenbruch« ein.

Auf wiederentdecktem Wanderweg geht es von der Kirche von Czachów (bis 1945: Zachow) in den malerischen Wald an der ehemaligen Försterei Luisenhorst und ins Bärenbruch. Hier entspringen einige Quellen und kleine Bäche durchziehen den idyllischen Wald. Treff ist um 13.30 Uhr am Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, in Hohenwutzen. Für Erwachsene kostet die Teilnahme 2,50 und ermäßigt 1,50 Euro.

Um Anmeldung unter 03344/3002881 wird für alle drei Wanderungen dringend gebeten.

Konzert 19. Juni, 18 Uhr
in der Zainhammer Mühle
»Die Seilschaft zu dritt«
spielt Gundermann und Neues

Die Band läßt den Geist Gundis in seiner ganzen Breite wieder aufleben und schöpft dabei aus der größten Nähe zu diesem genialen Künstler.

Mit Christian Haase spielt in den Reihen der Seilschaft ein Künstler, der ein ganz feines Gespür für das Schaffen Gundermanns entwickelte. Freuen Sie sich auf originalgetreue alte Lieder und auf neue Geschichten.

Einlaß: 17.30 Uhr, Eintritt: 15 Euro
Kartentelefon (AB): 03334/289580

»Ich wäre glücklich, wenn meine Lieder für manchen einfach ein Stück seines Lebens sind. Ob er nun geheult hat bei der Platte oder gelacht, ob Kraft gefunden oder welche gelassen hat, ist mir egal. Wenn sie nur dazu gehören, zu irgendeinem Leben.«

(Gerhard Gundermann)

Und weil Gundis Lieder zum Leben einiger Mitglieder des Kunstvereins »Die Mühle e.V.« gehören, wollen wir sie im 25. Jahr des Bestehens des Vereins nach Jahren umfangreicher Sanierung der Mühle bei uns hören und fühlen.

Zainhammermühle: Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde. Die Zainhammermühle befindet sich zwischen Forstbotanischem Garten und Zoo – Einfahrt gegenüber dem Haupteingang des Krankenhauses Eberswalde.

Ein Lyrikhaus in Joachimsthal

Am 21. Mai öffnete in Joachimsthal in der Glockenstraße 23 das Lyrikhaus – ein Spezialbuchladen für Dichter und Gedichte mit Antiquariat und Lesecafé. Zur Eröffnung lasen Richard Pietraß und der Betreiber des Lyrikhauses, Gisbert Amm, aus eigenen Werken.

Zunächst ist es immer Freitag bis Sonntag von 13 bis 19 Uhr geöffnet (sonntags nur Lesecafé, kein Buchverkauf). Hier finden außerdem regelmäßig Werkstätten und Lesungen statt, es ist ein Ort des Kennenlernens und Austauschens. Mehr Informationen und einige Fotos gibt es unter <http://lyrikhaus.de/>.

Die nächste Lesung im Lyrikhaus gibt es am 18. Juni, 19 Uhr: »Der poetische Bahnhofsbewohner – Erinnerung an Holger Barthel«.

Freunde und Wegbegleiter erinnern an den Künstler Holger Barthel (Foto), der am Gründonnerstag im Alter von nur 55 Jahren an Krebs gestorben ist.

Holger Barthel war ein Liebhaber der Poesie und als solcher wichtiger Begleiter und Unterstützer des Lyrikhaus-Projektes. Er hat das Lyrikhaus-Logo gestaltet, des Öfteren auf der Baustelle mit angepackt und dem Lyrikhaus die ursprünglichen »Poetischen Bahnhofslaternen« überlassen, als diese am Kaiserbahnhof durch die jetzigen ersetzt wurden. Die großformatigen Tafeln mit Gedichten verschiedener Autoren und Aquarellen von Holger Barthel werden die dominierende Fenstergestaltung des Lyrikhauses bleiben.



Foto: Gisbert Amm

Aber auch Holger Barthels Beitrag zum Umweltbahnhof Dannenwalde soll gewürdigt werden. Auch das dortige Logo hat er geschaffen und war seinen umweltethischen Anliegen gemäß im Verein aktiv.

Es soll keine zweite Trauerfeier werden, sondern ein unterhaltsamer, nachdenklicher und fröhlicher Abend, wie Holger Barthel es sich bestimmt gewünscht hätte.

Der Eintritt ist frei.

GISBERT AMM

Wasserturmkalender 2017

Für Freunde, Bekannte, Nachbarn, UnterstützerInnen und Fans des Finower Wasserturmes! Der 2. Kalender mit sehr schönen Fotos vom Finower Wasserturm und seinem Umfeld ist im Wasserturm erhältlich. Am besten nach einem Blick aus 44 Meter Höhe über das Finowtal und seinem Umland. Bei gutem Blick kann bis zum Fernsehturm auf dem Alex schauen (www.wasserturm-finow.de).

RINGO WRASE

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 18. Mai 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 15. Juni 2016.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)